

Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
D – 25421 Pinneberg

08.10.2015

**PER FAX: 0431 988 – 3704**

An die  
Ministerin für Justiz, Kultur und Europa  
Frau Anke Spoorendonk  
- persönlich -  
24103 Kiel

**Schreiben von Frau Dr. Möser vom 03.09.2015**

**Az.: II 311/ 1402 E-124/15**

**Mein FAX vom 11.09.2015**

Sehr geehrte Frau Ministerin Spoorendonk,

ich habe dafür gesorgt, daß Ihnen dieser Vorgang spätestens jetzt vorgelegt wird. Bitte suchen Sie bei [www.archive.org](http://www.archive.org) nach Ihrem Nachnahmen. Sie werden vier Fundstellen bekommen.

Ihre Mitarbeiterin Frau Möser ist unfähig, den Vorgang zu überblicken. Sie hat nicht erkannt, daß das Landgericht Itzehoe gar kein Rechtsmittelverfahren zugelassen hat! Hat sie den Vorgang gelesen?

Frau Ministerin Spoorendonk, ich möchte weiterhin Antwort auf meine Frage vom 11.09.2015. Sind Sie der Meinung, daß sich rechtschaffende Bürger vor Verwaltungen/ Gerichten „totlaufen“ und finanziell „ausbluten“ sollen, ohne von den höchsten Regierungskreisen Unterstützung zu bekommen?

Ich erwarte Ihre Antwort bis zum 29.10.2015

Ihr



Henning von Stosch

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

08.10.2015

**PER FAX: 0431 988-4176**

**An die**  
**Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein**  
**Frau Monika Heinold**  
- persönlich -  
Finanzministerium Schleswig-Holstein

**Kassenzeichen der Landeskasse:**  
**03009660545100 und 03009660535400**  
Schreiben der Landeskasse vom 25.09.2015

Sehr geehrter Frau Ministerin Heinold,  
die Kostenforderung der Landeskasse ist komplett rechtswidrig.

Der Vorgang ist bei der Justizministerin des Landes Schleswig-Holstein,  
Frau Spoorendonk, anhängig.

Der Vorgang wird zur Zeit noch von Frau Dr. Möser bearbeitet. Das  
dortige Aktenzeichen lautet: II 311/ 1402 E-124/15

Wenn Sie der Vorgang interessiert, dann suchen Sie bitte bei [archive.org](http://archive.org)  
nach dem Begriff „Spoorendonk“.

Frau Ministerin Heinold, ich bin rechtswidrige Verwaltungsmaßnahmen  
schleswig-holsteinischer Verwaltungsbehörden restlos überdrüssig.

Mit freundlichen Grüßen



von Stosch

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse -  
Wilhelminenstraße 34, 24103 Kiel

von Stosch  
Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

## MAHNUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf die nachstehende Hauptforderung ist bis zum 24.09.2015 beim Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse - keine Zahlung eingegangen.

**Gläubigerbehörde**  
Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

Dienststellen-Nr.: 09022000

**Kassenzeichen: 03009660535400**

Hauptforderung : 33,50 EUR

Zahlungsgrund : \*Kreisjägerschaft Pinneberg e.V

Aktenzeichen : 4 T 184/15

Fälligkeit : 04.09.2015

### Rückständige Forderung:

Hauptforderung	33,50	EUR
Mahngebühren	5,00	EUR
<b>GESAMTFORDERUNG</b>	<b>38,50</b>	<b>EUR</b>
=====	=====	=====

Sie werden gebeten, den rückständigen Betrag unter Angabe des Kassenzeichens einzuzahlen. Sollte die Gesamtforderung nicht innerhalb einer Woche ausgeglichen sein, wäre das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse - gezwungen, die Forderung im Wege der Verwaltungsvollstreckung gegen Sie durchzusetzen. Durch die Einleitung des Vollstreckungsverfahrens würden Ihnen weitere Kosten entstehen.

Da Sie bereits im Zahlungsverzug sind, können weitere Verzugszinsen nach den geltenden Rechtsvorschriften berechnet und erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein  
- Landeskasse -

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse -  
Wilhelminenstraße 34, 24103 Kiel

von Stosch  
Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

## MAHNUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf die nachstehende Hauptforderung ist bis zum 24.09.2015 beim Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse - keine Zahlung eingegangen.

**Gläubigerbehörde**  
Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

Dienststellen-Nr.: 09022000

**Kassenzeichen: 03009660545100**

Hauptforderung : 33,50 EUR

Zahlungsgrund : \*Kreisjägerschaft Pinneberg e.V

Aktenzeichen : 4 T 193/15

Fälligkeit : 04.09.2015

### Rückständige Forderung:

Hauptforderung	33,50	EUR
Mahngebühren	5,00	EUR
<b>GESAMTFORDERUNG</b>	<b>38,50</b>	<b>EUR</b>
=====	=====	=====

Sie werden gebeten, den rückständigen Betrag unter Angabe des Kassenzeichens einzuzahlen. Sollte die Gesamtforderung nicht innerhalb einer Woche ausgeglichen sein, wäre das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse - gezwungen, die Forderung im Wege der Verwaltungsvollstreckung gegen Sie durchzusetzen. Durch die Einleitung des Vollstreckungsverfahrens würden Ihnen weitere Kosten entstehen.

Da Sie bereits im Zahlungsverzug sind, können weitere Verzugszinsen nach den geltenden Rechtsvorschriften berechnet und erhoben werden.

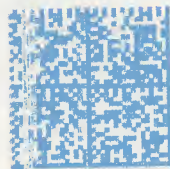
Mit freundlichen Grüßen

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein  
- Landeskasse -



0047-2689

002350



**THE**



FRANKIT 0,62 EUR  
25.09.15 1D1000102C

Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
D – 25421 Pinneberg

11.09.2015

**PER FAX: 0431 988 – 3704**

An die  
Ministerin für Justiz, Kultur und Europa  
Frau Anke Spoorendonk  
- persönlich -  
Lorentzendam 35  
24103 Kiel

**Schreiben von Frau Dr. Möser vom 03.09.2015**  
**Az.: II 311/ 1402 E-124/15**

Sehr geehrte Frau Ministerin Spoorendonk,

ich habe ein etwas dümmliches Schreiben Ihrer Mitarbeiterin Frau Dr. Möser erhalten.

Selbstverständlich ist es mir nicht neu, daß Gerichte unabhängig sind. Das gilt aber nicht für offensichtlich rechtswidrige Beschlüsse. Da ist das Disziplinarrecht gefragt!

Bitte teilen Sie mir mit, ob auch Sie der Meinung sind, daß sich rechtschaffende Bürger vor Verwaltungen/ Gerichten „totlaufen“ sollen und finanziell „ausbluten“ sollen, ohne von den höchsten Regierungskreisen Unterstützung zu bekommen.

Ich erwarte Ihre Antwort bis zum 25.09.2015

Ihr



Henning von Stosch

**Durchschrift per FAX an: Landgericht Itzehoe, FAX: 04821 66 - 1194**

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes  
Schleswig-Holstein | Postfach 71 45 | 24171 Kiel

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

Ihr Zeichen: -  
Ihre Nachricht vom: -  
Mein Zeichen: II 311/1402 E-124/15  
Meine Nachricht vom: -

Dr. Charlotte Möser  
Charlotte.Moeser@jumi.landsh.de  
Telefon: 0431 988-3852  
Telefax: 0431 988-3870

3. September 2015

Ihre Schreiben an das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa vom 24.08.2015 sowie vom 28.08.2015

Sehr geehrter Herr von Stosch,

Ihre Schreiben an Frau Ministerin Spoorendonk sind mir als der für das Zwangsvollstreckungsrecht zuständigen Referentin zur Bearbeitung vorgelegt worden. Darin wenden Sie sich inhaltlich gegen zwei Beschlüsse des Landgerichts Itzehoe, die sie für rechtswidrig halten und deren Kosten Sie nicht tragen wollen.

Die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland sind unabhängig tätig, unabhängig insbesondere auch von dem jeweiligen Justizministerium. Diese Unabhängigkeit hat Verfassungsrang und stellt ein besonders hohes und schützenswertes Gut unserer demokratischen Gesellschaft dar. Das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa hat sich danach jeder Einflussnahme auf ein gerichtliches Verfahren zu enthalten.

Es steht Ihnen selbstverständlich frei, den Rechtsweg gegen etwaige Beschlüsse und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen auszuschöpfen.

Ich bitte deshalb um Verständnis dafür, dass sich Frau Ministerin Spoorendonk der Angelegenheit nicht annehmen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Möser

Beglaubigt



Angestellte



**Landesregierung  
Schleswig-Holstein  
Postfach 71 25  
24171 Kiel**



Deutsche Post  
FRANKF 00,62 EUR  
03.09.15 4D060008DE

Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
D – 25421 Pinneberg

28.08.2015

**PER FAX: 0431 988 – 3704**

An die  
Ministerin für Justiz, Kultur und Europa  
Frau Anke Spoorendonk  
- persönlich -  
Lorentzendam 35  
24103 Kiel

**Rechtswidrige Gerichtsarbeit in Schleswig-Holstein**  
**Az. des Landgerichtes Itzehoe: 4 T 184/15 und 4 T 193/15**

Sehr geehrte Frau Ministerin Spoorendonk,

mir sind zwei Rechnungen vom Landgericht Itzehoe zugeschickt worden.  
Warum soll ich für EINEN VORGANG, aus dem das Amtsgericht  
Pinneberg wegen offensichtlicher PLANLOSIGKEIT zwei Vorgänge  
gemacht hat, zweimal bezahlen?

Warum soll ich überhaupt für zwei offensichtlich rechtswidrige  
Beschlüsse des Landgerichtes Itzehoe bezahlen?

Frau Spoorendonk, geht es tatsächlich nur darum, eine unbequeme  
Person unter eine Willkürmaßnahme zu zwingen?

Wenn ja, dann bin ich gespannt, wie weit die Verwaltung des Landes  
Schleswig-Holstein gehen wird. Ich werde weiter alle Maßnahmen im  
Internet dokumentieren und auf diese Weise dafür sorgen, daß die  
Namen der Verantwortlichen mit dem Vorgang verquickt sind.

Frau Spoorendonk, ich verbleibe in der Erwartung Ihrer baldigen  
Handlungen! Sorgen Sie bitte für RECHT in Schleswig-Holstein!

Ihr



Henning von Stosch

**Durchschrift per FAX an: Landgericht Itzehoe, FAX: 04821 66 - 1194**

SENDEBERICHT

ZEIT : 28/08/2015 15:40  
NAME : PKASCH COPY-SHOP  
FAX : +4932121020432  
TEL : +4941018318575  
S-NR. : E73941A5N751573

DATUM/UHRZEIT	28/08 15:40
FAX-NR./NAME	04319883704
Ü.-DAUER	00:00:18
SEITE(N)	01
ÜBERTR	OK
MODUS	FEIN
	ECM

SENDEBERICHT

ZEIT : 28/08/2015 15:41  
NAME : PKASCH COPY-SHOP  
FAX : +4932121020432  
TEL : +4941018318575  
S-NR. : E73941A5N751573

DATUM/UHRZEIT	28/08 15:41
FAX-NR./NAME	04821661194
Ü.-DAUER	00:00:30
SEITE(N)	01
ÜBERTR	OK
MODUS	FEIN
	ECM

Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
D – 25421 Pinneberg

24.08.2015

**PER FAX: 0431 988 – 3704**

An die  
Ministerin für Justiz, Kultur und Europa  
Frau Anke Spoorendonk  
- persönlich -  
Lorentzendam 35  
24103 Kiel

**Rechtswidrige Beschlüsse des Landgerichtes Itzehoe  
Az.: 4 T 184/15 und 4 T 193/15**

Sehr geehrte Frau Ministerin Spoorendonk,

ich wende mich heute als ausersehene Opfer von Gerichts- und Behördenmobbing an Sie und bitte Sie tätig zu werden.

Mir liegen zwei rechtswidrige Beschlüsse des Landgerichtes Itzehoe vor, die im wesentlichen wortgleich sind. Deshalb beziehen sich meine Ausführungen nur auf den Beschluß 4 T 184/15.

Die schlechte Qualität der Gerichtsarbeit in Schleswig Holstein ersehen Sie allein daran, daß für einen einzigen Vorgang zwei Beschlüsse des Landgerichtes Itzehoe, von zwei Richtern(in), erforderlich sind.

Das Landgericht Itzehoe ist der Meinung, daß die unbestrittene Privatfirma von Catharina Gloy

- ein selbständiges Organ der Rechtspflege ist (Seite 4 des Beschlusses), und daß
- von der Privatperson Catharina Gloy keine Rechtsgrundlage für ihre Tätigkeit genannt werden muß!



Weder das Amtsgericht Pinneberg noch das Landgericht Itzehoe gehen darauf ein, daß es bereits drei erfolglose Versuche gegeben hat, mir eine Vermögensauskunft „abzunehmen“! In allen drei Fällen konnte keine Rechtsgrundlage genannt werden.

Ich durfte deshalb davon ausgehen, daß das wieder so sein würde!

Die Rechtsauffassung des Landgerichtes Itzehoe ist offensichtliches schreiendes Unrecht!

In den Beschlüssen wird die seit Jahrzehnten erfolgende Änderung von:

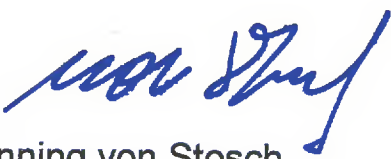
- Recht in Unrecht und
- Unrecht in Recht

sichtbar, der ich mich nicht beuge!

Das ganze Maß der „VERFILZUNG“ in SH wird sichtbar, wenn Sie bei archive.org nach „Landrat Stolz“ suchen. Da wird offensichtlich nach einer Möglichkeit gesucht, einen unbequemen Geist zu brandmarken. Mit der sachgerechten Würdigung der Umstände wird der voraussichtliche Eintrag in die Schufa-Liste zum ORDEN!

Frau Spoorendonk, ich verbleibe in der Erwartung Ihrer baldigen Handlungen! Sorgen Sie bitte für RECHT in Schleswig-Holstein!

Ihr



Henning von Stosch

**Durchschriften gehen per FAX an:**

- Ministerpräsident des Landes Schleswig Holstein, Herrn Albig, persönlich, FAX: 0431 988 – 1977 und 0431 988 - 1960
- Landgericht Itzehoe, FAX: 04821 66 - 1194

P.S.: Dieses Schreiben und der gesamte Schriftverkehr ist öffentlich.

SENDEBERICHT

ZEIT : 24/08/2015 15:36  
NAME : PKASCH COPY-SHOP  
FAX : +4932121020432  
TEL : +4941018318575  
S-NR. : E73941A5N751573

DATUM/UHRZEIT  
FAX-NR./NAME  
Ü.-DAUER  
SEITE(N)  
ÜBERTR  
MODUS

24/08 15:36  
04319883704  
00:00:24  
02  
OK  
FEIN  
ECM

SENDEBERICHT

ZEIT : 24/08/2015 15:31  
NAME : PKASCH COPY-SHOP  
FAX : +4932121020432  
TEL : +4941018318575  
S-NR. : E73941A5N751573

DATUM/UHRZEIT  
FAX-NR./NAME  
Ü.-DAUER  
SEITE(N)  
ÜBERTR  
MODUS

24/08 15:31  
04319881977  
00:00:49  
02  
OK  
FEIN  
ECM

SENDEBERICHT

ZEIT : 24/08/2015 15:33  
NAME : PKASCH COPY-SHOP  
FAX : +4932121020432  
TEL : +4941018318575  
S-NR. : E73941A5N751573

DATUM/UHRZEIT  
FAX-NR./NAME  
U.-DAUER  
SEITE(N)  
UBERTR  
MODUS

24/08 15:32  
04319881960  
00:00:29  
02  
OK  
FEIN  
ECM

SENDEBERICHT

ZEIT : 24/08/2015 15:35  
NAME : PKASCH COPY-SHOP  
FAX : +4932121020432  
TEL : +4941018318575  
S-NR. : E73941A5N751573

DATUM/UHRZEIT  
FAX-NR./NAME  
Ü.-DAUER  
SEITE(N)  
ÜBERTR  
MODUS

24/08 15:34  
04821661194  
00:00:49  
02  
OK  
FEIN  
ECM

## Landgericht Itzehoe

25524 Itzehoe, 19.08.2015  
Theodor-Heuss-Platz 3  
Telefon: 04821/66-1032  
Telefax: 04821/66-1194

**Aktenzeichen:** 4 T 184/15  
(Bitte bei allen Schreiben angeben!)

**Rückbriefe an**

FVA S-H, Wilhelminenstraße 34, 24103 Kiel

Herrn

Henning von Stosch

Mühlenstraße 5

25421 Pinneberg

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

in obiger Sache sind die anliegenden Kosten entstanden (Kostenschuldner: wie Empfänger).

**Sie werden gebeten, den Rechnungsbetrag von EUR 33,50. (Dreiunddreißig) bis zum  
04.09.2015 einzuzahlen.**

Nehmen Sie bitte die Überweisung wie folgt vor.

Eine Überweisung ist zu leisten an das

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein – Landeskasse -

IBAN: DE82 2000 0000 0020 2015 77

BIC: MARKDEF1200

unter Angabe des **Verwendungszwecks**

**09022000-03009660535400**

Ohne die Angabe des Verwendungszwecks kann eine Zahlung nicht zugeordnet werden.

Der Rechnungsbetrag darf nicht durch Gerichtskostenstempler entrichtet werden.

Wenn Sie gegen die Rechnung Einwendungen erheben wollen, wenden Sie sich bitte unverzüglich unter Angabe Ihrer Gründe und des Aktenzeichens an die oben genannte Dienststelle. Ihre Einwendungen gegen die Rechnung entbinden Sie nicht von der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung des angeforderten Rechnungsbetrages.

Anträge auf Stundung des Rechnungsbetrages sind an die unten genannte Kasse unter Angabe des Verwendungszwecks zu richten.

Mit freundlichem Gruß

(dieses Anschreiben wurde automatisiert erstellt und ist ohne Unterschrift gültig)

**Landgericht Itzehoe**

Aktenzeichen: 4 T 184/15  
Kurzzubrum: Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, H. wg.  
Beschwerde hier: Zwangsvollstreckung  
Abrechnungsname: F Schlusskostenrechnung 19.08.2015

Tatbest.	Langtext	Faktor/ Anzahl	Wert (EUR)	Betrag (EUR)	Status Bemerkung	DZ*	DG**
2121	Beschwerdegebühr (KV-GKG 2121)			30,00	aktiv GKG ab 01.08.2013	nein	nein
9002 - Pauschal- betrag	x Auslagenpauscha- le für Zustellungen (KV-GKG 9002)	1	3,50	3,50	aktiv GKG ab 01.08.2013	nein	nein

\* DZ = Direktzuweisung des Tatbestandes \*\* DG = bei dem Tatbestand handelt es sich um durchlaufendes Geld

**Gesamtbetrag:** 33,50

<b>Kostenschuldner:</b>	Beschwerdeführer Henning von Stosch
An Kasse übermittelte Adresse:	Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg
Anteil am zu verteilenden Betrag 1/1:	33,50
<b>Endbetrag:</b>	<b>33,50</b>
<b>Kasseninformationen</b>	
Einforderungsart/Datensatzkennung:	FV 11 Erstsollstellung
Status:	Erstfreigabe am 19.08.2015 durch Hofmann, JS'in 80930K022102-G-4 T 184/15
Weitere Kostenschuldner:	nicht vorhanden

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen diesen Kostenansatz kann Erinnerung eingelegt werden. Sie ist nicht an eine Frist gebunden und bei dem Landgericht Itzehoe, Theodor-Heuss-Platz 3, 25524 Itzehoe, einzulegen. Die Erinnerung ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben. Die Erinnerungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Erinnerung gegen diese Entscheidung eingelegt werde. **Die Einlegung der Erinnerung hemmt nicht die bestehende Zahlungsverpflichtung.**

Hofmann, JS'in  
Kostenbeamtin

## Landgericht Itzehoe

25524 Itzehoe, 19.08.2015  
Theodor-Heuss-Platz 3  
Telefon: 04821/66-1032  
Telefax: 04821/66-1194

### **Aktenzeichen:** 4 T 193/15

(Bitte bei allen Schreiben angeben!)

### **Rückbriefe an**

FVA S-H, Wilhelminenstraße 34, 24103 Kiel

Herrn

Henning von Stosch

Mühlenstraße 5

25421 Pinneberg

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

in obiger Sache sind die anliegenden Kosten entstanden (Kostenschuldner: wie Empfänger).

**Sie werden gebeten, den Rechnungsbetrag von EUR 33,50. (Dreiunddreißig) bis zum  
04.09.2015 einzuzahlen.**

Nehmen Sie bitte die Überweisung wie folgt vor.

Eine Überweisung ist zu leisten an das

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein – Landeskasse -

IBAN: DE82 2000 0000 0020 2015 77

BIC: MARKDEF1200

unter Angabe des **Verwendungszwecks**

**09022000-03009660545100**

Ohne die Angabe des Verwendungszwecks kann eine Zahlung nicht zugeordnet werden.

Der Rechnungsbetrag darf nicht durch Gerichtskostenstempler entrichtet werden.

Wenn Sie gegen die Rechnung Einwendungen erheben wollen, wenden Sie sich bitte unverzüglich unter Angabe Ihrer Gründe und des Aktenzeichens an die oben genannte Dienststelle. Ihre Einwendungen gegen die Rechnung entbinden Sie nicht von der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung des angeforderten Rechnungsbetrages.

Anträge auf Stundung des Rechnungsbetrages sind an die unten genannte Kasse unter Angabe des Verwendungszwecks zu richten.

Mit freundlichem Gruß

(dieses Anschreiben wurde automatisiert erstellt und ist ohne Unterschrift gültig)



**Landgericht Itzehoe**

Aktenzeichen: 4 T 193/15  
Kurzrubrum: Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, H. wg.  
Beschwerde hier: Zwangsvollstreckung  
Abrechnungsname: F Schlusskostenrechnung 19.08.2015

Tatbest.	Langtext	Faktor/ Anzahl	Wert (EUR)	Betrag (EUR)	Status Bemerkung	DZ*	DG**
2121	Beschwerdegebühr (KV-GKG 2121)			30,00	aktiv GKG ab 01.08.2013	nein	nein
9002 - Pauschal- betrag	x Auslagenpauscha- le für Zustellungen (KV-GKG 9002)	1	3,50	3,50	aktiv GKG ab 01.08.2013	nein	nein

\* DZ = Direktzuweisung des Tatbestandes \*\* DG = bei dem Tatbestand handelt es sich um durchlaufendes Geld

**Gesamtbetrag:** 33,50

<b>Kostenschuldner:</b>	Beschwerdeführer Henning von Stosch
An Kasse übermittelte Adresse:	Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg
Anteil am zu verteilenden Betrag 1/1:	33,50
<b>Endbetrag:</b>	<b>33,50</b>
<b>Kasseninformationen</b>	
Einforderungsart/Datensatzkennung:	FV 11 Erstsollstellung
Status:	Erstfreigabe am 19.08.2015 durch Hofmann, JS'in 80930K022102-G-4 T 193/15
Weitere Kostenschuldner:	nicht vorhanden

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen diesen Kostenansatz kann Erinnerung eingelegt werden. Sie ist nicht an eine Frist gebunden und bei dem Landgericht Itzehoe, Theodor-Heuss-Platz 3, 25524 Itzehoe, einzulegen. Die Erinnerung ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben. Die Erinnerungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Erinnerung gegen diese Entscheidung eingelegt werde. **Die Einlegung der Erinnerung hemmt nicht die bestehende Zahlungsverpflichtung.**

Hofmann, JS'in  
Kostenbeamtin





Landgericht Itzehoe, PF 1655, 25506 Itzehoe

---

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

für Rückfragen:  
Telefon: 04821 66-1032  
Telefax: 04821 66-1194

Ihr Zeichen

Bitte bei Antwort angeben  
Akten- / Geschäftszeichen  
4 T 184/15

Datum  
17.08.2015

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, H.  
wg. Beschwerde hier: Zwangsvollstreckung

Sehr geehrter Herr von Stosch,  
den anliegenden Schriftsatz erhalten Sie zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Hofmann, JS'in  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle  
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

# TRISKATIS & KOLLEGEN

RECHTSANWÄLTE FACHANWÄLTE NOTARE

TRISKATIS & KOLLEGEN  
Lindenstraße 19-21 25421 Pinneberg

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3

25524 Itzehoe

In Sachen  
Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, H.  
- 4 T 193/15 -  
und  
- 4 T 184/15 -

beantrage ich

Zurückweisung der sofortigen Beschwerde,

eine Begründung erscheint untunlich.

RAe Triskatis & Kollegen  
(Verfügt von RA Triskatis, danach ortsabwesend)

gez. Brahms

Brahms  
Rechtsanwalt

Beglaubigt  
Rechtsanwalt

**Renate Sykosch**

Rechtsanwältin und Notarin  
RA-Schwerpunkt Erbrecht

**Helmut R. Triskatis**

Rechtsanwalt und Notar a.D.

**Bernd Brahms**

Rechtsanwalt und Notar

**Oliver Löhnert**

Rechtsanwalt und Notar  
Fachanwalt für Familienrecht  
Fachanwalt für Verkehrsrecht

**Dr. Steffen Böhm-Rupprecht**

Rechtsanwalt und Notar  
Fachanwalt für Arbeitsrecht  
Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht

**Ali Moradzadeh, LL.M.**

Rechtsanwalt

Datum:	Aktenzeichen:
12.08.2015	846/12 T06
Auskunft erteilt:	
Frau Ahlers	
Direktwahl:	
04101/2108-32	

Lindenstraße 19-21  
25421 Pinneberg

☒ direkt neben der Kanzlei

Tel: 04101 / 2108-0  
Fax: 04101 / 2108-30

Email: ahlers@kanzlei-pinneberg.de  
www.kanzlei-pinneberg.de

VR Bank Pinneberg-Elmshorn eG  
BLZ: 221 914 05  
Kto: 49 70 70 50  
BIC: GENODEF1PIN  
IBAN: DE36221914050049707050

Sparkasse Südholstein  
BLZ: 230 510 30  
Kto: 22 88 447  
BIC: NOLADE21SHO  
IBAN: DE90230510300002288447

USt-IdNr.: DE229709708

D4/1752-15





Landgericht Itzehoe, PF 1655, 25506 Itzehoe

---

**4 T 184/15**

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

für Rückfragen:  
Telefon: 04821 66-1032  
Telefax: 04821 66-1194

**Ihr Zeichen**

**Bitte bei Antwort angeben**  
**Akten- / Geschäftszeichen**  
**4 T 184/15**

**Datum**  
**13.08.2015**

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, H.  
wg. Beschwerde hier: Zwangsvollstreckung

Sehr geehrter Herr von Stosch,  
anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses vom 13.08.2015.

Mit freundlichen Grüßen

Hofmann, JS'in  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle  
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

4 T 184/15

77 M 536/15 AG Pinneberg



## Landgericht Itzehoe

### Beschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch d. Vorsitzenden, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Gläubiger und Beschwerdegegner -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Triskatis & Kollegen**, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg, Gz.: 846/12

gegen

**Henning von Stosch**, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

- Schuldner und Beschwerdeführer -

hat die 4. Zivilkammer des Landgerichts Itzehoe durch die Richterin am Landgericht Dr. Trachsler als Einzelrichterin auf die sofortige Beschwerde des Schuldners vom 09.07.2015 gegen den Beschluss des Amtsgerichts Pinneberg vom 29.06.2015, mit welchem die Erinnerung des Schuldners vom 11.05.2015 zurückgewiesen worden ist, am 13.08.2015 beschlossen:

1. Die sofortige Beschwerde des Schuldners wird auf seine Kosten als unbegründet zurückgewiesen.
2. Der Beschwerdewert beträgt 300,00 €.
3. Die Rechtsbeschwerde wird nicht zugelassen.

### Gründe:

Der Gläubiger betreibt gegenüber dem Schuldner die Zwangsvollstreckung aus den Kostenfestsetzungsbeschlüssen des Amtsgerichtes Pinneberg vom 26.1.2015 (Aktenzeichen 73 C 2/13) sowie vom 3.3.2015 (Aktenzeichen 73 C 2/13).

Mit anwaltlichem Schriftsatz vom 14.4.2015 beantragte er gegenüber dem Amtsgericht Pinneberg, Verteilerstelle für GVZ – Aufträge, einen Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft sowie der eidesstattlichen Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben gemäß § 802 c ZPO zu bestimmen. Für den Fall, dass der Schuldner dem zur Abgabe der Vermögensauskunft bestimmten Termin unentschuldigt fernbleibt, wurde gemäß § 802 g ZPO beantragt, die Sache an das zuständige Vollstreckungsgericht zu übermitteln und dort Haftbefehl gegen den Schuldner zum Zwecke der Abgabe der Vermögensauskunft zu erlassen.

Aufgrund des Antrages wurde seitens der zuständigen Gerichtsvollzieherin mit Verfügung vom 22.04.2015 Termin zur Abgabe eines Auskunftsverzeichnisses mit anschließender eidesstattlicher Versicherung auf den 12.5.2015 anberaumt.

Im Rahmen der Terminsladung wurde dem Schuldner auch mitgeteilt, dass die Gerichtsvollzieherin eine Eintragung im Schuldnerverzeichnis zur Information des Wirtschaftsverkehrs durchführen muss, wenn er die Vermögensauskunft verweigert, eine vollständige Befriedigung nach dem Inhalt des Vermögensverzeichnisses nicht möglich ist oder er, falls pfändbare Gegenstände vorhanden sind, nicht die Befriedigung des Schuldners binnen einem Monats nach Abgabe der Vermögensauskunft nachweist. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Ladungsverfügung vom 22. 04.2015 Bezug genommen.

Die Ladung wurde dem Schuldner am 23.4.2015 zugestellt.

Der Schuldner reagierte hierauf mit Schreiben vom 06.05.2015. Im Rahmen dieses Schreibens erklärte er die „Absage“ des Termins verbunden mit der Aufforderung ihm vor einem Termin die Rechtsgrundlage nachzuweisen. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf das Schreiben vom 06.05.2015 Bezug genommen.

Zu dem anberaumten Termin am 12.5.2015 erschien der Schuldner nicht.

Von Seiten der Gerichtsvollzieherin wurde daraufhin die Eintragung gegen den Schuldner in das Schuldnerverzeichnis gemäß § 882 c Abs. 1 Nr. 1 ZPO angeordnet.

Der Beschwerdeführer legte hiergegen mit Schreiben vom 20.5.2015 Widerspruch ein.



Zur Begründung vertrat er die Auffassung, dass die Gerichtsvollzieherin die Betreiberin einer Privatfirma sei. Er habe keinen Vertrag mit ihr und gestatte ihr keinen Einfluss auf ihn zu nehmen. Er habe den Termin nicht verweigert. Er habe nur Wert darauf gelegt, dass ihm vor Abgabe der Vermögensauskunft mitgeteilt werde, aufgrund welcher Rechtsgrundlage eine Vermögensauskunft verlangt werde.

Das Amtsgericht hat mit Beschluss vom 9.7.2015 den Widerspruch des Schuldners vom 20.5.2015 gegen die Eintragungsanordnung vom 13.5.2015 zurückgewiesen. Hinsichtlich der Begründung wird auf den Beschluss vom 9.7.2015 (Blatt 4-5 der Akte) Bezug genommen.

Der Beschwerdeführer legte gegen den Beschluss mit Schreiben vom 15.7.2015 sofortige Beschwerde ein.

Das Amtsgericht hat der Beschwerde nicht abgeholfen die Sache dem Landgericht zur Entscheidung vorgelegt. Den Beteiligten wurde rechtliches Gehör im Rahmen des Beschwerdeverfahrens gewährt.

## II.

Die zulässige sofortige Beschwerde hat in der Sache keinen Erfolg.

Soweit der Gläubiger gegenüber dem Beschwerdeführer die Zwangsvollstreckung aus den Kostenfestsetzungsbeschlüssen des Amtsgerichtes Pinneberg vom 26.1.2015 sowie vom 3.3.2015 betreibt, liegen die allgemeinen Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen vor.

Auch der Beschwerdeführer selbst stellt die Existenz der vollstreckbaren Kostenfestsetzungsbeschlüssen und die sich hieraus ergebenden Forderungen nicht in Frage. Auf der Grundlage dieser Titel wurde von Seiten des Gläubigers mit anwaltlichem Schriftsatz vom 14.4.2015 auch formal ordnungsgemäß ein Antrag auf einen Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft gestellt.

Aus dem Verlauf des Vollstreckungsverfahrens ergibt sich zudem, dass der Schuldner von der Gerichtsvollzieherin ordnungsgemäß zu dem anberaumten Termin geladen wurde, ohne dann allerdings zu dem anberaumten Termin zu erscheinen.

Zwar hatte sich der Schuldner mit Schreiben vom 6.5.2015 bei der Gerichtsvollziehern gemeldet und den Termin abgesagt. In diesem Zusammenhang forderte er die Gerichtsvollzieherin aber lediglich auf, ihm vor einem Termin die Rechtsgrundlage für ihrer Tätigkeit nachzuweisen.

Entgegen der vom Beschwerdeführer vertretenen Auffassung beinhaltet dies keine wirksame Entschuldigung für sein Ausbleiben zu dem anberaumten Termin am 12.5.2015.

Der Beschwerdeführer war im Rahmen der Ladung zu diesem Termin auf die maßgebliche Rechtsgrundlage zur Abgabe eines Auskunftsverzeichnisses sowie den weiteren Ablauf des Verfahrens hingewiesen worden. Dass dem Gläubiger eine vollstreckbare Forderung aus den Kostenfestsetzungsbeschlüssen des Amtsgerichtes Pinneberg zusteht, muss dem Beschwerdeführer bekannt sein, der im Rahmen des Beschwerdeverfahrens daraufhin weist, die Forderung der „Jägerschaft wird prinzipiell nicht bestritten“.

Die weiteren Ausführungen des Beschwerdeführers mit Schreiben vom 6.5.2015 sind nicht geeignet, die eingetretene Säumnis zu entschuldigen.

Anhaltspunkte dafür, dass es dem Beschwerdeführer tatsächlich aus gesundheitlichen oder auch beruflichen Gründen nicht möglich war, zu dem Termin zu erscheinen, kann der Beschwerde nicht entnommen werden und sind auch im übrigen nicht ersichtlich. Selbst im Fall einer Erkrankung reicht diese als Entschuldigung nur dann aus, wenn sie einem Schuldner das Erscheinen zum Termin unzumutbar macht. Auch weitere Umstände, auf die eine berechtigte Verweigerung gestützt werden könnte, sind nicht ersichtlich.

Die wiederholten Forderungen des Beschwerdeführers, dass ihm die Rechtsgrundlagen der Zwangsvollstreckung nicht benannt wurden, insbesondere die Grundlage für das Tätigwerden der Gerichtsvollzieherin, sind nicht im Ansatz geeignet, sein Fernbleiben zu entschuldigen.

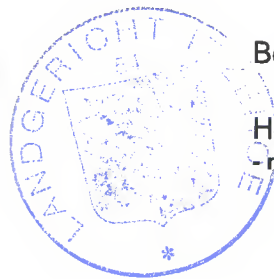
Die Gerichtsvollzieherin handelt im Rahmen der Zwangsvollstreckung als selbständiges Organ der Rechtspflege und nicht als Vertreter des Gläubigers (vergleiche hierzu Baumbach/Lauterbach, ZPO, 72. Aufl., 2014 § 753 ZPO Rdnr. 3-4). Ein Nachweis hierüber war dem Beschwerdeführer gegenüber weder zu Beginn noch im Verlauf des Zwangsvollstreckungsverfahrens zu erbringen.

Es bestand kein Anlass die Rechtsbeschwerde zuzulassen.

Kostenentscheidung beruht auf § 97 ZPO.

### **Rechtsmittelbelehrung**

Der Beschluss ist mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar.



Beglaubigt

Hofmann, JS'in

- maschinell erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Absender:

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

Zugestellt am  
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

19.08.15

Postsache

8

UT 184115

Aktenzeichen

## Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts  
☐ Bezirks des Landgerichts  
☒ Inlands

### Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen  
☐ Keine Ersatzzustellung an:  
☐ Nicht durch Niederlegung zustellen  
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen



Landgericht Itzehoe, PF 1655, 25506 Itzehoe

4 T 193/15

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

für Rückfragen:  
Telefon: 04821 66-1032  
Telefax: 04821 66-1194

Ihr Zeichen

Bitte bei Antwort angeben  
Akten- / Geschäftszeichen  
4 T 193/15

Datum  
13.08.2015

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, H.  
wg. Beschwerde hier: Zwangsvollstreckung

Sehr geehrter Herr von Stosch,

anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses vom 12.08.2015.

Mit freundlichen Grüßen

Hofmann, JS'in

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

4 T 193/15

76 M 1354/15 AG Pinneberg



## Landgericht Itzehoe

### Beschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch d. Vorsitzenden, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Gläubiger und Beschwerdegegner -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Triskatis & Kollegen**, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg, Gz.: 846/12

gegen

**Henning von Stosch**, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

- Schuldner und Beschwerdeführer -

Weitere Beteiligte:

**Gerichtsvollzieherin Catharina Gloy**, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg, Gz.: DR II-0289/15

- Gerichtsvollziehern -

hat die 4. Zivilkammer des Landgerichts Itzehoe durch die Richterin am Landgericht Kästele als Einzelrichterin aufgrund der sofortigen Beschwerde vom 15.7.2015 gegen den Beschluss des Amtsgerichtes Pinneberg vom 9.7.2015, durch den der Widerspruch des Schuldners vom 20.5.2015 gegen die Eintragungsanordnung vom 13.5.2015 der Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin am Amtsgericht Pinneberg, Aktenzeichen: DR II- 0289/15, zurückgewiesen wurde, am 12.08.2015 beschlossen:

1. Die sofortige Beschwerde wird auf Kosten des Beschwerdeführers als unbegründet zurückgewiesen.
2. Der Beschwerdewert wird auf 569,42 € festgesetzt.
3. Die Rechtsbeschwerde wird nicht zugelassen.

## Gründe:

### I.

Der Gläubiger betreibt gegenüber dem Schuldner die Zwangsvollstreckung aus den Kostenfestsetzungsbeschlüssen des Amtsgerichtes Pinneberg vom 26.1.2015 (Aktenzeichen 73 C 2/13) sowie vom 3.3.2015 (Aktenzeichen 73 C 2/13).

Mit anwaltlichem Schriftsatz vom 14.4.2015 beantragte er gegenüber dem Amtsgericht Pinneberg, Verteilerstelle für GVZ – Aufträge, einen Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft sowie der eidesstattlichen Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben gemäß § 802 c ZPO zu bestimmen. Für den Fall, dass der Schuldner dem zur Abgabe der Vermögensauskunft bestimmten Termin unentschuldigt fernbleibt, wurde gemäß § 802 g ZPO beantragt, die Sache an das zuständige Vollstreckungsgericht zu übermitteln und dort Haftbefehl gegen den Schuldner zum Zwecke der Abgabe der Vermögensauskunft zu erlassen.

Aufgrund des Antrages wurde von Seiten der zuständigen Gerichtsvollzieherin mit Verfügung vom 22. 04. 2015 ein Termin zur Abgabe eines Auskunftsverzeichnisses mit anschließender eidesstattlicher Versicherung auf den 12.5.2015 anberaumt.

Im Rahmen der Terminsladung wurde dem Schuldner auch mitgeteilt, dass die Gerichtsvollzieherin eine Eintragung im Schuldnerverzeichnis zur Information des Wirtschaftsverkehrs durchführen muss, wenn er die Vermögensauskunft verweigert, eine vollständige Befriedigung nach dem Inhalt des Vermögensverzeichnisses nicht möglich ist oder er, falls pfändbare Gegenstände vorhanden sind, nicht die Befriedigung des Schuldners binnen einen Monat nach Abgabe der Vermögensauskunft nachweist. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Ladungsverfügung vom 22. 04.2015 Bezug genommen.

Die Ladung wurde dem Schuldner am 23.4.2015 zugestellt.

Der Schuldner reagierte hierauf mit Schreiben vom 6.5.2015. Im Rahmen dieses Schreibens erklärte er die „Absage“ des Termins verbunden mit der Aufforderung ihm vor einem Termin die Rechtsgrundlage nachzuweisen. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf das Schreiben vom 6.5.2015 Bezug genommen.

Zu dem anberaumten Termin am 12.5.2015 erschien der Schuldner nicht.

Von Seiten der Gerichtsvollzieherin wurde daraufhin die Eintragung gegen den Schuldner in das Schuldnerverzeichnis gemäß § 882c Abs. 1 Nr. 1 ZPO angeordnet.

Der Beschwerdeführer legte hiergegen mit Schreiben vom 20.5.2015 Widerspruch ein.

Zur Begründung vertrat er die Auffassung, dass die Gerichtsvollzieherin die Betreiberin einer Privatfirma sei. Er habe keinen Vertrag mit ihr und gestatte ihr keinen Einfluss auf ihn zu nehmen. Er habe den Termin nicht verweigert. Er habe nur Wert darauf gelegt, dass ihm vor Abgabe der Vermögensauskunft mitgeteilt werde, aufgrund welcher Rechtsgrundlage eine Vermögensauskunft verlangt werde.

Das Amtsgericht hat mit Beschluss vom 9.7.2015 den Widerspruch des Schuldners vom 20.5.2015 gegen die Eintragungsanordnung vom 13.5.2015 zurückgewiesen. Hinsichtlich der Begründung wird auf den Beschluss vom 9.7.2015 (Blatt 4-5 der Akte) Bezug genommen.

Der Beschwerdeführer legte gegen den Beschluss mit Schreiben vom 15.7.2015 sofortige Beschwerde ein.

Das Amtsgericht hat der Beschwerde nicht abgeholfen die Sache dem Landgericht zur Entscheidung vorgelegt. Den Beteiligten wurde rechtliches Gehör im Rahmen des Beschwerdeverfahrens gewährt.

## II.

Die zulässige sofortige Beschwerde hat in der Sache keinen Erfolg.

Soweit der Gläubiger gegenüber dem Beschwerdeführer die Zwangsvollstreckung aus den Kostenfestsetzungsbeschlüssen des Amtsgerichtes Pinneberg vom 26.1.2015 sowie vom 3.3.2015 betreibt, liegen die allgemeinen Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen vor.

Auch der Beschwerdeführer selbst stellt die Existenz der vollstreckbaren Kostenfestsetzungsbeschlüssen und die sich hieraus ergebenden Forderungen nicht in Frage. Auf der Grundlage dieser Titel wurde von Seiten des Gläubigers mit anwaltlichem Schriftsatz vom 14.4.2015 auch formal ordnungsgemäß ein Antrag auf einen Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft gestellt.

Aus dem Verlauf des Vollstreckungsverfahrens ergibt sich zudem, dass der Schuldner von der Gerichtsvollzieherin ordnungsgemäß zu dem anberaumten Termin geladen wurde, ohne dann allerdings zu dem anberaumten Termin zu erscheinen.

Zwar hatte sich der Schuldner mit Schreiben vom 6.5.2015 bei der Gerichtsvollziehern gemeldet und den Termin abgesagt. In diesem Zusammenhang forderte er die Gerichtsvollzieherin aber lediglich auf, ihm vor einem Termin die Rechtsgrundlage für ihrer Tätigkeit nachzuweisen.

Entgegen der vom Beschwerdeführer vertretenen Auffassung beinhaltet dies keine wirksame



Entschuldigung für sein Ausbleiben zu dem anberaumten Termin am 12.5.2015.

Der Beschwerdeführer war im Rahmen der Ladung zu diesem Termin auf die maßgebliche Rechtsgrundlage zur Abgabe eines Auskunftsverzeichnisses sowie den weiteren Ablauf des Verfahrens hingewiesen worden. Dass dem Gläubiger eine vollstreckbare Forderung aus den Kostenfestsetzungsbeschlüssen des Amtsgerichtes Pinneberg zusteht, muss dem Beschwerdeführer bekannt sein, der im Rahmen des Beschwerdeverfahrens daraufhin weist, die Forderung der „Jägerschaft wird prinzipiell nicht bestritten“.

Die weiteren Ausführungen des Beschwerdeführers mit Schreiben vom 6.5.2015 sind nicht geeignet, die eingetretene Säumnis zu entschuldigen.

Anhaltspunkte dafür, dass es dem Beschwerdeführer tatsächlich aus gesundheitlichen oder auch beruflichen Gründen nicht möglich war, zu dem Termin zu erscheinen, kann der Beschwerde nicht entnommen werden und sind auch im übrigen nicht ersichtlich. Selbst im Fall einer Erkrankung reicht diese als Entschuldigung nur dann aus, wenn sie einem Schuldner das Erscheinen zum Termin unzumutbar macht. Auch weitere Umstände, auf die eine berechtigte Verweigerung gestützt werden könnte, sind nicht ersichtlich.

Die wiederholten Forderungen des Beschwerdeführers, dass ihm die Rechtsgrundlagen der Zwangsvollstreckung nicht benannt wurden, insbesondere die Grundlage für das Tätigwerden der Gerichtsvollzieherin, sind nicht im Ansatz geeignet, sein Fernbleiben zu entschuldigen.

Die Gerichtsvollzieherin handelt im Rahmen der Zwangsvollstreckung als selbständiges Organ der Rechtspflege und nicht als Vertreter des Gläubigers (vergleiche hierzu Baumbach/Lauterbach, ZPO, 72. Aufl., 2014 § 753 ZPO Rdnr. 3-4). Ein Nachweis hierüber war dem Beschwerdeführer gegenüber weder zu Beginn noch im Verlauf des Zwangsvollstreckungsverfahrens zu erbringen.

Es bestand kein Anlass die Rechtsbeschwerde zuzulassen.

Kostenentscheidung beruht auf § 97 ZPO.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Der Beschluss ist mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar.

Kästele  
Richterin am Landgericht



Beglaubigt

Hofmann, JS in

- maschinell erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Absender:

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

Zugestellt am  
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

17.08.15

Ma

Post sache

Aktenzeichen

4 T 183115

## Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts  
☐ Bezirks des Landgerichts  
☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen  
☐ Keine Ersatzzustellung an:  
☐ Nicht durch Niederlegung zustellen  
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

11.08.2015

PER FAX: **04821 66 – 1194**  
Landgericht Itzehoe  
25506 Itzehoe

**Az.: 4 T 193/ 15 und 4 T 184/ 15**  
Ihr Schreiben vom 04.08.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Forderung der Jägerschaft wird prinzipiell nicht bestritten. Da es sich um Mobbing der Jägerschaft bzw. deren Anwalt oder des ehemaligen ersten Vorsitzenden Hewicker handelt, sehe ich es als mein Recht an, das Verfahren zu hinterfragen!

Die Privatperson Catharina Gloy mit der privaten Bezeichnung „Gerichtsvollzieherin“ hat keine Rechtsgrundlage genannt, die sie berechtigen würde, mir eine eidesstattliche Versicherung/ Offenbarungseid oder Ähnliches abnehmen zu dürfen.

Das Amtsgericht Pinneberg hat RECHTSWIDRIG diesem Mangel nicht abgeholfen und eindeutig rechtswidrige Beschlüsse gefaßt.

Ich beantrage sämtliche Beschlüsse des Amtsgerichtes Pinneberg aufzuheben und die Privatperson Catharina Gloy zu zwingen, mir eine geltende Rechtsgrundlage zu nennen!

Mit freundlichen Grüßen



von Stosch

SENDEBERICHT

ZEIT : 11/08/2015 10:29  
NAME : ARBEITNEHMERSCHUTZ H  
FAX : +49-40-42837-3100  
TEL :  
S-NR. : J9J196069

DATUM/UHRZEIT	11/08 10:28
FAX-NR./NAME	004821661194
Ü.-DAUER	00:00:36
SEITE(N)	01
ÜBERTR	OK
MODUS	STANDARD



Landgericht Itzehoe, PF 1655, 25506 Itzehoe

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

für Rückfragen:  
Telefon: 04821 66-1029  
Telefax: 04821 66-1194

Ihr Zeichen

Bitte bei Antwort angeben  
Akten- / Geschäftszeichen  
4 T 193/15 und 4 T 184/15

Datum  
04.08.2015

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, H.  
wg. Beschwerde hier: Zwangsvollstreckung

Sehr geehrter Herr von Stosch,

liegt die Sache dem Landgericht vor zur Entscheidung über die sofortige Beschwerde vom  
15.07.2015.

Sie erhalten Gelegenheit zur abschließenden Äußerung binnen einer Woche ab Zugang dieser  
Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Kästele, Richterin am Landgericht  
Beglaubigt:

Gottschalk, Justizangestellte



WZ

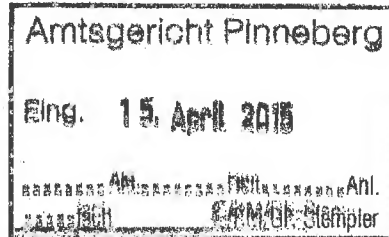
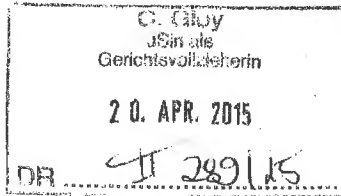
# TRISKATIS & KOLLEGEN

RECHTSANWÄLTE FACHANWÄLTE NOTARE

TRISKATIS & KOLLEGEN  
Lindenstraße 19-21 25421 Pinneberg

Amtsgericht Pinneberg  
Verteilerstelle für GVZ-Aufträge  
Bahnhofstr. 17

25421 Pinneberg



Betreff: Kreislägerschaft Pinneberg ./ von Stosch

A U  
DR -> DRV

**Renate Sykosch**  
Rechtsanwältin und Notarin  
RA-Schwerpunkt Erbrecht

**Helmut R. Triskatis**  
Rechtsanwalt und Notar a.D.

**Bernd Brahms**  
Rechtsanwalt und Notar

**Oliver Löhnert**  
Rechtsanwalt und Notar  
Fachanwalt für Familienrecht  
Fachanwalt für Verkehrsrecht

**Dr. Steffen Böhm-Rupprecht**  
Rechtsanwalt und Notar  
Fachanwalt für Arbeitsrecht  
Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht

**Ali Moradzadeh, LL.M.**  
Rechtsanwalt

Datum: 14.04.2015 Aktenzeichen: 846/12zT06

Auskunft erteilt:  
Frau Humke

Direktwahl:  
04101/2108-33

## ANTRAG AUF TERMIN ZUR ABGABE DER VERMÖGENS-AUSKUNFT

In der vorstehend bezeichneten Zwangsvollstreckungssache werden anliegend die Zwangsvollstreckungsunterlagen überreicht mit dem Antrag, Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft sowie der eidesstattlichen Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben gem. § 802c ZPO zu bestimmen. Der Antrag wird auch für den Fall gestellt, dass gegen den Schuldner bereits anderweitig Haft zur Erzwingung der Abgabe der Vermögensauskunft gem. § 802g ZPO angeordnet ist. *Der Gerichtsvollzieher wird angewiesen, die Ladung nicht durch persönliche Zustellung zu veranlassen.*

Für den Fall, dass der Schuldner dem zur Abgabe der Vermögensauskunft bestimmten Termin unentschuldig fernbleibt wird gemäß § 802g ZPO beantragte, die Sache an das zuständige Vollstreckungsgericht zu übermitteln und dort Haftbefehl gegen den Schuldner zum Zwecke der Abgabe der Vermögensauskunft zu erlassen.

Sollte ein Haftbefehl erlassen werden, wird der Gerichtsvollzieher bereits jetzt beauftragt, den Haftbefehl zu vollziehen.

Lindenstraße 19-21  
25421 Pinneberg

☒ direkt neben der Kanzlei

Tel: 04101 / 2108-0  
Fax: 04101 / 2108-30

Email: humke@kanzlei-pinneberg.de  
www.kanzlei-pinneberg.de

VR Bank Pinneberg eG  
BLZ: 221 914 05  
Kto: 49 70 70 50  
BIC: GENODEF1PIN  
IBAN: DE36221914050049707050

Sparkasse Südholstein  
BLZ: 230 510 30  
Kto: 22 88 447  
BIC: NOLADE21SHO  
IBAN: DE90230510300002288447

USt-IdNr.: DE229709708

D10/527-15

Sofern der Schuldner die Abgabe der Vermögensauskunft ohne Grund verweigert, wird bereits jetzt die Einholung von Fremdauskünften gem. § 802I ZPO beantragt:

Es wird gebeten, bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß § 802I Absatz 1 Nr. 1 ZPO den Namen, die Vornamen oder die Firma sowie die Anschriften der derzeitigen Arbeitgeber eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses des Schuldners zu erheben

sowie das Bundeszentralamt für Steuern gemäß § 802I Absatz 1 Nr. 2 ZPO zu ersuchen bei den Kreditinstituten die in § 93b Abs. 1 AO bezeichneten Daten abzurufen.

Sollte der Schuldner bereits das Vermögensverzeichnis abgegeben haben, wird gebeten, umgehend eine Abschrift des Terminsprotokolls und des Vermögensverzeichnisses, ggf. auch aus anderen Terminen, zu übersenden, sofern dieses nicht älter als 6 Monate ist. 9

Sollte kein Gerichtsvollzieher in dem Gerichtsbezirk des Vollstreckungsgerichts örtlich zuständig sein, wird gebeten, die Sache an das zuständige Gericht weiterzuleiten und den Gläubigervertreter hierüber zu informieren.

**Gegenstandswert: 582,67 €**

Verfahrensgebühr §§ 2 Abs. 2, 13 Nr. 3309 VV RVG	0,3	24,00 €
Post- und Telekommunikationsentgelt Nr. 7002 VV RVG		4,80 €
Zwischensumme netto		28,80 €
19 % Umsatzsteuer Nr. 7008 VV RVG		5,47 €
<b>Gesamtbetrag</b>		<b>34,27 €</b>

Der Gläubiger ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.

RAe Triskatis & Kollegen



Triskatis  
Rechtsanwalt



**FORDERUNGSKONTO Akte: 846/12 Stand: 14.04.15****Gläubiger:**

Kreisjägerschaft Pinneberg im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V e.V., c/o  
Herrn

Hans-Albrecht Hewicker, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

**vertr. d. Rechtsanwälte Triskatis & Kollegen, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinne-  
berg**

**Konto: VR Bank Pinneberg, IBAN DE36221914050049707050 BIC  
GENODEF1PIN**

**Schuldner:**

Henning von Stosch, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

**Forderung / Titel:**

Kostenfestsetzungsbeschluss AG Pinneberg vom 26.01.2015

Kostenfestsetzungsbeschluss AG Pinneberg vom 03.03.2015

Az: 73 C 2/13

Nr.	Datum	Betrag €	Buchungstext	K. Zinsen	Kosten	H. Zinsen	H. Forderung.
1	20.02.2014	217,18	Festgesetzte Kosten	0,00	217,18	0,00	0,00
2	11.02.2015	352,24	Festgesetzte Kosten	9,10	569,42	0,00	0,00
3	14.04.2015	34,27	Geb.	13,25	603,69	0,00	0,00
			Vermögensauskunft				
			Nr. 3309 VV RVG				
			(Gegenstandswert				
			582,67 EUR)				
	14.04.2015		Basiszins: -0,83 %				

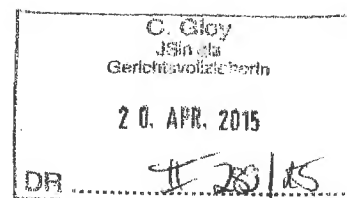
**Kumulierte Beträge**

Gesamtkosten	603,69 € unverzinsliche Kosten	34,27 €
verzinsliche Kosten	569,42 € Kostenzinsen	13,25 €

**GESAMTFORDERUNG 616,94 € per 14.04.2015 zzgl. Tageszinsen 0,07 € ab dem  
14.04.2015**

unverzinsliche Kosten:	34,27 €
verzinsliche Kosten:	569,42 € nebst Zinsen 5 %-Punkte über Basiszins
Hauptforderung	0,00 €
Summe ohne Zinsen:	603,69 €
Zinsen auf Kosten:	13,25 € Tageszinsen: 0,07 €

73 C 2/13



## Amtsgericht Pinneberg

### Kostenfestsetzungsbeschluss

In dem Rechtsstreit

**Henning von Stosch**, Mühlenstr. 5, 25421 Pinneberg

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Grundmann**, Hohe Straße 1, 25524 Itzehoe, Gz.: 00268/14vG/ZI md

gegen

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch Hans-A. Hewicker, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Beklagter -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Triskatis & Kollegen**, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg, Gz.: 846/12T06

wegen Nichtigerklärung

hat das Amtsgericht Pinneberg am 26.01.2015 beschlossen:

Die von **der Klagepartei an die Beklagtenpartei** gem. § 104 ZPO nach dem vorläufig vollstreckbaren Urteil des Amtsgerichts Pinneberg vom 20.02.2014 zu erstattenden Kosten werden auf

**217,18 €**

(in Worten: zweihundertsiebzehn 18/100 Euro)

nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz gem. § 247 BGB hieraus seit 03.04.2014 festgesetzt.

Der Klagepartei hat das Gericht gestattet, die Zwangsvollstreckung gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 120,00 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrages abzuwenden, sofern nicht die Beklagtenpartei vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 120,00 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.

**Gründe:**

Die Berechnung des beantragten Betrages ist gebührenrechtlich nicht zu beanstanden.

Die Kosten sind notwendigerweise entstanden und daher von der Gegenseite zu erstatten.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Entscheidung kann entweder das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) oder der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

#### **Beschwerde:**

Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro übersteigt.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

oder bei dem

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

einzulegen.

#### **Erinnerung:**

Wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro nicht übersteigt, kann der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

Die Erinnerung ist binnen einer Frist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

einzulegen.

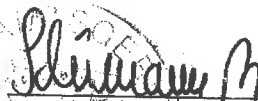
Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Beschwerde beziehungsweise die Erinnerung ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift beziehungsweise die Erinnerungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde beziehungsweise Erinnerung gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Moltmann  
Rechtspfleger

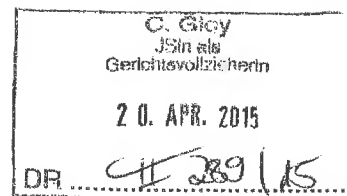
Vorstehende, mit der Urschrift übereinstimmende Ausfertigung wird d. Beklagtenpartei zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt. Vorstehender Beschluss ist d. Klagepartei am 03.02.2015 von Amts wegen zugestellt worden.



Moltmann

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

73 C 2/13



## Amtsgericht Pinneberg

### Kostenfestsetzungsbeschluss

In dem Rechtsstreit

**Henning von Stosch**, Mühlenstr. 5, 25421 Pinneberg

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Grundmann**, Hohe Straße 1, 25524 Itzehoe, Gz.: 00268/14vG/ZI md

gegen

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch Hans-A. Hewicker, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Beklagter -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Triskatis & Kollegen**, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg, Gz.: 846/12T06

wegen Nichtigerklärung

hat das Amtsgericht Pinneberg am 03.03.2015 beschlossen:

Die von **der Klagepartei an die Beklagtenpartei** gem. § 104 ZPO nach dem vollstreckbaren Endurteil des Landgerichts Itzehoe vom 28.11.2014 zu erstattenden Kosten werden auf

**352,24 €**

(in Worten: dreihundertzweiundfünfzig 24/100 Euro)

nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz gem. § 247 BGB hieraus seit 11.02.2015 festgesetzt.

#### Gründe:

Die Berechnung des beantragten Betrages ist gebührenrechtlich nicht zu beanstanden.

Die Kosten sind notwendigerweise entstanden und daher von der Gegenseite zu erstatten.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Entscheidung kann entweder das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) oder der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

**Beschwerde:**

Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro übersteigt.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

oder bei dem

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

einzulegen.

**Erinnerung:**

Wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro nicht übersteigt, kann der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

Die Erinnerung ist binnen einer Frist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Beschwerde beziehungsweise die Erinnerung ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift beziehungsweise die Erinnerungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde beziehungsweise Erinnerung gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Vorstehende, mit der Urschrift übereinstimmende Ausfertigung wird d. Beklagtenpartei zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt. Vorstehender Beschluss ist d. Klagepartei am 09.03.15 von Amts wegen zugestellt worden.



Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

€4000

000007

Landgericht

Itzehoe



Deutsche Post

FRANKIT 01,45 EUR

05.08.15 4D06000F25





Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

11.08.2015

PER FAX: **04821 66 – 1194**  
Landgericht Itzehoe  
25506 Itzehoe

**Az.: 4 T 193/ 15 und 4 T 184/ 15**  
Ihr Schreiben vom 04.08.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Forderung der Jägerschaft wird prinzipiell nicht bestritten. Da es sich um Mobbing der Jägerschaft bzw. deren Anwalt oder des ehemaligen ersten Vorsitzenden Hewicker handelt, sehe ich es als mein Recht an, das Verfahren zu hinterfragen!

Die Privatperson Catharina Gloy mit der privaten Bezeichnung „Gerichtsvollzieherin“ hat keine Rechtsgrundlage genannt, die sie berechtigen würde, mir eine eidesstattliche Versicherung/ Offenbarungseid oder Ähnliches abnehmen zu dürfen.

Das Amtsgericht Pinneberg hat RECHTSWIDRIG diesem Mangel nicht abgeholfen und eindeutig rechtswidrige Beschlüsse gefaßt.

Ich beantrage sämtliche Beschlüsse des Amtsgerichtes Pinneberg aufzuheben und die Privatperson Catharina Gloy zu zwingen, mir eine geltende Rechtsgrundlage zu nennen!

Mit freundlichen Grüßen



von Stosch

SENDEBERICHT

ZEIT : 11/08/2015 10:29  
NAME : ARBEITNEHMERSCHUTZ H  
FAX : +49-40-42837-3100  
TEL :  
S-NR. : J9J196069

DATUM/UHRZEIT	11/08 10:28
FAX-NR./NAME	004821661194
Ü.-DAUER	00:00:36
SEITE(N)	01
ÜBERTR	OK
MODUS	STANDARD

## Amtsgericht Pinneberg



Amtsgericht Pinneberg, PF 1149, 25401 Pinneberg

76 M 1354/15

für Rückfragen:  
Telefon: 04101 503-362  
Telefax: 04101 503-178

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

Ihr Zeichen

**Bitte bei Antwort angeben**  
**Akten- / Geschäftszeichen**  
76 M 1354/15

**Datum**  
16.07.2015

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, Henning

Sehr geehrter Herr von Stosch,  
anbei erhalten Sie eine Ausfertigung des Beschlusses vom 16.07.2015.

Mit freundlichen Grüßen

Knakowski, JFAng  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle  
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

76 M 1354/15



## Amtsgericht Pinneberg

### Beschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch d. Vorsitzenden, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Gläubiger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Triskatis & Kollegen**, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg, Gz.: 846/12

gegen

**Henning von Stosch**, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

- Schuldner -

erlässt das Amtsgericht Pinneberg am 16.07.2015 folgenden Beschluss:

wird der Beschwerde des Schuldners vom 15.07.2015 aus den im Beschluss vom 09.07.2015 zutreffenden Gründen nicht abgeholfen.

Neuber  
Rechtspflegerin



Ausgefertigt

Knapowski, JFAng

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Absender:

**Amtsgericht Pinneberg**  
**Bahnhofstraße 17**  
**25421 Pinneberg**

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

Zugestellt am  
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

18.07.2015

Deutsche Post 

Aktenzeichen

1610712015

## Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts  
☐ Bezirks des Landgerichts  
☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen  
☐ Keine Ersatzzustellung an:  
☐ Nicht durch Niederlegung zustellen  
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

15.07.2015

**PER FAX: 04821 66-1071**

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

Betr.: AG Pinneberg; **Az.: 76 M 1354/ 15** vom 10.07.2015

Hier: Beschwerde gegen den Beschluß vom 09.07.2015

und

AG Pinneberg; **Az.: 77 M 536/15**, mein FAX vom 09.07.2015 an das  
Landgericht

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich Beschwerde gegen den Beschluß des AG Pinneberg,  
**Az.: 76 M 1354/ 15**, vom 10.07.2015 ein. Ich beantrage mündliche  
Verhandlung.

Es liegen mir jetzt zwei Beschlüsse zu einem Thema mit zwei  
verschiedenen Aktenzeichen vor! Jetzt wird es sehr bunt und ich bitte  
das Landgericht für Ordnung zu sorgen.

Der zweite Beschluß ist innerhalb der Rechtsmittelfrist des ersten  
Beschlusses erlassen worden. Das ist vollständig rechtswidrig.

Ich beziehe mich inhaltlich vollständig auf mein FAX vom 09.07.2015 an  
das Landgericht. Ich beantrage Abhilfe.

Mit freundlichen Grüßen



von Stosch

SENDEBERICHT

ZEIT : 15/07/2015 10:37  
NAME : ARBEITNEHMERSCHUTZ H  
FAX : +49-40-42837-3100  
TEL :  
S-NR. : J9J196069

DATUM/UHRZEIT  
FAX-NR./NAME  
Ü.-DAUER  
SEITE(N)  
ÜBERTR  
MODUS

15/07 10:36  
004821661071  
00:00:34  
01  
OK  
STANDARD

## Amtsgericht Pinneberg



Amtsgericht Pinneberg, PF 1149, 25401 Pinneberg

---

76 M 1354/15

für Rückfragen:  
Telefon: 04101 503-362  
Telefax: 04101 503-178

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

Ihr Zeichen

**Bitte bei Antwort angeben**  
**Akten- / Geschäftszeichen**  
76 M 1354/15

**Datum**  
10.07.2015

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, Henning

Sehr geehrter Herr von Stosch,  
anbei erhalten Sie eine Ausfertigung des Beschlusses vom 09.07.2015.

Mit freundlichen Grüßen

Auf Anordnung

Knakowski, JFAng  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle  
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.





## Amtsgericht Pinneberg

### Beschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch d. Vorsitzenden, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Gläubiger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Triskatis & Kollegen**, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg, Gz.: 846/12

gegen

**Henning von Stosch**, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

- Schuldner -

erlässt das Amtsgericht Pinneberg am 09.07.2015 folgenden Beschluss:

1. Der Widerspruch des Schuldners vom 20.05.2015 gegen die Eintragungsanordnung vom 13.05.2015 der Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin am Amtsgericht Pinneberg, Aktenzeichen: DRII-0289/15, wird zurückgewiesen.
2. Die Entscheidung wird mit Rechtskraft wirksam.
3. Die Kosten trägt der Schuldner.

### Gründe:

Die Gerichtsvollzieherin ordnete die Eintragung des Schuldners gemäß § 882c Abs. 1 Ziffer 1 ZPO wegen Nichtabgabe der Vermögensauskunft in das zentrale Schuldnerverzeichnis an.

Der Widerspruch des Schuldners gegen die Eintragungsanordnung ist nicht begründet, weil die Termine zur Abgabe der Vermögensauskunft nicht eingehalten wurden. Ein dies rechtfertigender

Grund wurde nicht vorgetragen. Das Vorbringen des Schuldners, es gäbe keine Rechtsgrundlage, ist nicht nachvollziehbar und war somit nicht zu berücksichtigen. Eine Rechtsgrundlage liegt unzweifelhaft in Form der Kostenfestsetzungsbeschlüsse vom 26.01.2015 und vom 03.03.2015 vor.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 91, 788 ZPO.

### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung kann die sofortige Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) eingelegt werden.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

oder bei dem

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Neuber  
Rechtspflegerin

Ausgefertigt



Knakowski, JFAng

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Absender:

**Amtsgericht Pinneberg**  
**Bahnhofstraße 17**  
**26421 Pinneberg**

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

Zugestellt am  
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

**Deutsche Post** 

13.07.2015 

Aktenzeichen 76 M 1254115

9.7.15

### Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts  
☐ Bezirks des Landgerichts

☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen  
☐ Keine Ersatzzustellung an:

- ☐ Nicht durch Niederlegung zustellen  
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

09.07.2015

**PER FAX: 04821 66-1071**

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

Betr.: AG Pinneberg; **Az.: 77 M 536/15**

Hier: Beschwerde gegen den Beschluß vom 29.06.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich Beschwerde gegen den Beschluß des AG Pinneberg vom 29.06.2015 ein. Ich beantrage mündliche Verhandlung.

Der Beschluß des AG Pinneberg ist nicht begründet.

Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 11.05.2015 an das AG Pinneberg mitgeteilt habe (Anlage 1), habe ich mit FAX vom 06.05.2015 die Rechtsgrundlagen für das Tätigwerden der Privatperson angefordert, die sich Gerichtsvollzieherin nennt. Im Büro dieser Privatperson hat es bereits drei erfolglose Versuche gegeben, von mir eine Vermögensauskunft/ eidesstattliche Versicherung/ Offenbarungseid zu bekommen. Mir konnte in keinem Fall eine Rechtsgrundlage genannt werden. Deshalb sind diese Versuche gescheitert!

Ich durfte also davon ausgehen, daß mir auch beim vierten Versuch keine Rechtsgrundlage genannt werden kann.

Deshalb brauchte ich mir für den Termin am 12.05.2015 keinen Tag Urlaub zu nehmen und ich konnte die Nennung der Rechtsgrundlage und ggf. einen neuen Termin abwarten.

Ähnliche Rechte habe ich, wenn ich krank sein sollte oder mich im Urlaub befinde.

Wieso das Amtsgericht Pinneberg diese einfachen Zusammenhänge nicht nachvollziehbar würdigen kann, ist mir schlicht unbegreiflich.

Ich beantrage die Abänderung des Beschlusses des Amtsgerichtes.

Ich weise vorsichtshalber darauf hin, daß das Amtsgericht Pinneberg nach meiner klaren Meinung in den letzten drei Jahren eine Reihe von rechtswidrigen Urteilen/ Beschlüssen gefaßt hat!

In der Zusammenschau sind die Zusammenhänge so deutlich, daß ich mir jetzt eine Darstellung spare. Nach meiner klaren Meinung steht das Amtsgericht Pinneberg wegen der Unterlassung einer nachvollziehbaren Rechtsprechung und dem Verdacht von ungesetzlicher Parteinahme bereits unwiderruflich am Pranger!

Zurück zum Antragsgegenstand:

Nachdem es dreimal wegen einer nicht genannten Rechtsgrundlage nicht zu einem Eintrag in das Schufa-Register gekommen ist, ist es schlechterdings UNRECHT, wenn es jetzt ohne Nennung einer Rechtsgrundlage und unter Hilfestellung eines staatlichen Amtsgerichtes einer Privatperson möglich ist, mich erfolgreich in die Schufa-Liste eintragen zu lassen.

Wenn das tatsächlich RECHT sein sollte, dann bitte ich um einen nachvollziehbaren Beschluß!

Mit freundlichen Grüßen



von Stosch

Anlage: Schreiben vom 11.05.2015 an das AG Pinneberg (drei Blatt)

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

11.05.2015

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofsstraße  
25421 Pinneberg

## **DRII-0289/ 15**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe von einer Privatfirma eine Aufforderung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung bekommen und den Termin abgesagt, weil in dem Anschreiben eine Menge UNSINN, aber keine Rechtsgrundlage zu lesen war.

Mit FAX (Anlage) vom 06.05.2015 habe ich die Nennung der Rechtsgrundlage angefordert.

Sollte diese Privatfirma irgendwelche Verwaltungsakte, die meine Person betreffen, beim Gericht beantragen, dann verlange ich von einem RECHTSSTAATLICH handelnden AMTSGERICHT, daß diese Verwaltungsakte nicht ausgeführt werden und mir Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

Ich weise vorsichtshalber darauf hin, daß, meiner klaren Meinung nach, die Chefin des Amtsgerichtes Pinneberg völlig DURCHGEKNALLT ist, weil sie mich vor Betreten des Gerichtes durchsuchen läßt, während andere Personen da offensichtlich nicht durchsucht werden. Inzwischen hat die vierte oder fünfte Durchsuchung kein Ergebnis gebracht und ich nehme an, daß die, nach meiner klaren Meinung kranke Chefin des Gerichtes, mich auch in Zukunft durchsuchen lassen will. Beim nächsten Mal wird es von der Durchsuchungsaktion vermutlich ein Video geben!



von Stosch

Eine Anlage mit FAX-Sendebescheinigung

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

06.05.2015

PER FAX: 04892/ 8999201

Frau Catharina Gloy  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg

**DRII-0289/ 15 Ihr Schreiben vom 22.04.2015**

Sehr geehrte Frau Gloy,

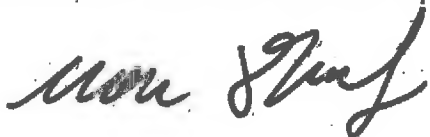
ich sage den Termin am 12.05.2015 hiermit ab.

Bitte weisen Sie mir VOR EINEM TERMIN nach, auf Grund welcher Rechtsgrundlage Sie tätig werden.

Ich verbiete Ihnen hiermit jede Tätigkeit gegen mich bei offiziellen Stellen wie Gerichten und Behörden und ich werde Sie bei Zuwiderhandlung persönlich für alle Folgen haftbar machen!

Ich habe keinen Vertrag mit Ihnen!

Ich sollte in „Ihrem“ Büro in der Friedenstraße schon dreimal „verarscht“ werden und ich spiele nicht mehr mit!



von Stosch

SENDEBERICHT

ZEIT : 06/05/2015 15:39  
NAME : PKASCH COPYSHOP  
FAX : +4932121020432  
TEL :  
S-NR. : K0N653735

DATUM/UHRZEIT  
FAX-NR./NAME  
Ü.-DAUER  
SEITE(N)  
ÜBERTR  
MODUS

06/05 15:39  
048928999201  
00:00:18  
01  
OK  
STANDARD  
ECM



## Amtsgericht Pinneberg



Amtsgericht Pinneberg, PF 1149, 25401 Pinneberg

77 M 536/15

für Rückfragen:

Telefon: 04101 503-362

Telefax: 04101 503-178

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

Ihr Zeichen

**Bitte bei Antwort angeben**

**Akten- / Geschäftszeichen**

77 M 536/15

**Datum**

01.07.2015

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, Henning

Sehr geehrter Herr von Stosch,

anbei erhalten Sie eine Ausfertigung des Beschlusses vom 29.06.2015.

Mit freundlichen Grüßen

Auf Anordnung

Knakowski, JFAng

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.



## Amtsgericht Pinneberg

### Beschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch d. Vorsitzenden, Hanredder 10, 25335  
Bokholt-Hanredder

- Gläubiger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Triskatis & Kollegen**, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg, Gz.: 846/12

gegen

**Henning von Stosch**, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

- Schuldner -

erlässt das Amtsgericht Pinneberg am 29.06.2015 folgenden Beschluss:

1. Die Erinnerung des Schuldners Henning von Stosch vom 11.05.2015 wird zurückgewiesen.
2. Die Kosten des Verfahrens hat der Schuldner Henning von Stosch zu tragen.
3. Der Gegenstandswert wird auf 300,00 € festgesetzt.

### Gründe:

Die Erinnerung ist unbegründet. Das Verfahren der Gerichtsvollzieherin ist nicht zu beanstanden.

### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung kann die sofortige Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) eingelegt werden.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

oder bei dem

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

einzulegen.


Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.


Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Kastell  
Richter am Amtsgericht

Ausgefertigt

  
Knakowski, JF Ange  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Absender:  
**Amtsgericht Pinneberg**  
**Bahnhofstraße 17**  
**26421 Pinneberg**

**Deutsche Post**



zugestellt am  
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

*W* 09.09.15

Aktenzeichen **77 M 536115**

**1.7.15**

### Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts
- ☐ Bezirks des Landgerichts

☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen
- ☐ Keine Ersatzzustellung an:  
\_\_\_\_\_
- ☐ Nicht durch Niederlegung zustellen
- ☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

20.05.2015

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofsstraße  
25421 Pinneberg

**DRII-0289/ 15 73 C 2/ 13**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beziehe mich auf mein Schreiben vom 11.05.2015 und beantrage  
das Ruhen des Verfahrens.

**Ich beantrage das Aussetzen des Eintrages in das Schuldenregister.**

Ich weise darauf hin, daß ich den Termin nicht verweigert habe. Ich habe  
halt nur Wert darauf gelegt, daß mir vor Abgabe der Vermögensauskunft  
mitgeteilt wird, auf welcher Rechtsgrundlage eine PRIVATFIRMA von mir  
eine Vermögensauskunft verlangt. Das habe ich mit FAX vom  
06.05.2015 getan. Dieses FAX liegt Ihnen mit Sendebescheinigung vor.

Es sind bereits drei gegen mich gerichtete Termine in der Friedenstraße  
100 gescheitert, weil man mir keine Rechtsgrundlage nennen konnte. Ich  
mußte deshalb dem Termin vom 12.05.2015 nicht nachkommen.

Frau Gloy ist offensichtlich nicht in der Lage ist, mir eine gültige  
Rechtsgrundlage zu nennen!



von Stosch

Anlage: FAX an Frau Gloy vom 20.05.2015

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

20.05.2015

PER FAX: 04892/ 8999201

Frau Catharina Gloy  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg

## **DRII-0289/ 15 Ihr Schreiben vom 13.05.2015**

Meine liebe Frau Gloy,

Sie scheinen mein FAX vom 06.05.2015 entweder nicht gelesen oder nicht verstanden zu haben.

Ich erkläre es Ihnen noch einmal: Sie sind Betreiberin einer Privatfirma oder Mitarbeiterin einer Privatfirma.

Ich habe mit Ihnen keinen Vertrag und ich gestatte Ihnen keinen Einfluß auf mich!

Ich habe Ihnen jede Tätigkeit in Bezug auf meine Person verboten und Sie mit FAX vom 06.05.2015 aufgefordert, mir die Rechtsgrundlage zu nennen, auf Grund der Sie als Privatperson meinen, mich zu einem Termin zitieren zu dürfen!

Sie erhalten hiermit eine Nachfrist bis zum 03.06.2015 bis zu der Sie mir diese Rechtsgrundlage zu nennen haben. Sollte es eine Rechtsgrundlage geben, können wir uns anschließend sicherlich auf einen Termin vereinbaren.

Ich weise Sie daraufhin, daß die Abgabe der Vermögensauskunft (eidesstattliche Versicherung) schon dreimal an einer nicht vorhandenen Rechtsgrundlage gescheitert ist.

Entsprechend meiner Ankündigung in meinem FAX vom 06.05.2015 werde ich Ihnen jedes meiner Schreiben mit mindestens einhundert Euro in Rechnung stellen. Auch dieses Schreiben.

Ich rate Ihnen, Ihren Antrag beim Amtsgericht Pinneberg von sich aus anzuhalten.

Ich werde mich umgehend schriftlich an das Amtsgericht wenden und Ihnen auch das Schreiben mit mindestens einhundert Euro in Rechnung stellen!



von Stosch

## Postübergabeurkunde

1.1 Geschäftsnummer

DRII-0289/15 \* 73 C 2/13

1.3

Catharina Gloy, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg

Empfänger

von Stosch, Henning  
Mühlenstraße 5

25421 Pinneberg

Urschrift - ~~Ausfertigung~~ - ~~Beglaubigte Abschrift~~  
des hiermit verbundenen Schriftstückes

Nachricht: SA GV90 Eintragung in S-VZ § 882c Abs. 1 Nr. 1

habe ich heute auf Antrag des Rechtsanwalts, der Firma  
Kreisjägerschaft Pinneberg, im Landesjagdverband S-H e.V.,  
Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

Vertreten durch:

Triskatis & Kollegen, Rechtsanwälte, Lindenstraße 19 - 21, 25421  
Pinneberg

als verschlossene, mit meinem Namen, meiner Amtsbezeichnung,  
meiner obigen Geschäftsnummer und obiger Anschrift versehene  
Sendung zur Zustellung an den bezeichneten Empfänger  
der Deutschen Post AG

mit dem Auftrag übergeben, die Zustellung auszuführen.  
Den Namen meines Auftraggebers habe ich auf dem für den  
Empfänger bestimmten Schriftstück vermerkt.

### Kostenrechnung (GVKostG)

#### A. Gebühren

1. Zustellung/Begl. KV 100-102,600

#### B. Auslagen

1. Doku-Pauschale KV 700

2. Wegegeld ( km) KV 711

3. Auslagen/Entgelte KV 716

4. Entg. f. sonst. Zustell. KV 701

Summe



13.05.2015

Datum:

*Gloy*

JSin als Gerichtsvollzieherin

(Gloy)

Hier schneiden



# Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin (DLA)

Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel. 04892/8999200  
Fax 04892/8999201  
gloy@gerichtsvollzieher.de

Gloy, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg

von Stosch, Wilhelm Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

## SPRECHSTUNDEN

Dienstag 08:00 - 09:00 Uhr  
Donnerstag 13:00 - 14:00 Uhr  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel.: 04101/200707

**DRII-0289/15**

BITTE BEI ALLEN SCHREIBEN  
UND ZAHLUNGEN ANGEBEN

Datum: 13.05.2015

Sehr geehrter Herr von Stosch

In der Zwangsvollstreckungssache Kreisjägerschaft Pinneberg im Landesjagdverband S-H e.V., Hanredder 10,  
25335 Bokholt-Hanredder  
gegen Sie

wird hiermit die Eintragung gegen Sie in das Schuldnerverzeichnis nach § 882c Abs. 1 Nr. 1 ZPO mit folgenden  
Daten angeordnet:

Name / Vorname(n): / Stosch / Wilhelm Henning  
Geburtsname:  
Geburtsdatum: 26.12.1954  
Geburtsort: Pinneberg  
Wohnsitz: Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg  
abweichende Personendaten:

Begründung:

Die Eintragung erfolgt, weil Sie Ihrer Pflicht zur Abgabe der Vermögensauskunft nicht nachgekommen sind.

Belehrung:

Gegen diese Eintragungsanordnung nach § 882c ZPO können Sie innerhalb von zwei Wochen seit  
Bekanntgabe dieses Schreibens Widerspruch beim Amtsgericht Pinneberg, Bahnhofstraße 17, 25421  
Pinneberg als Vollstreckungsgericht einlegen. Der Widerspruch hemmt nicht die Eintragung in das  
Schuldnerverzeichnis. Auf Ihren Antrag hin kann das Vollstreckungsgericht anordnen, dass die Eintragung  
einstweilen ausgesetzt wird.

## Hinweis nach § 19 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Entsprechend § 19 BDSG kann ein in das Schuldnerverzeichnis eingetragener Schuldner auf Antrag  
Auskunft erhalten über die zu seiner Person im Schuldnerverzeichnis gespeicherten Daten und über die  
Empfänger, an die die Daten bislang weitergegeben wurden. Der Antrag auf Erteilung der Auskunft kann  
bei jedem Amtsgericht (Rechtsantragstelle) gestellt werden.

Der Antragstellung sind folgende Unterlagen beizufügen:

Kopie des Personalausweises,

Dienstkonto: VOLKSBANK RAIFFEISENBANK ITZEHOE Kto: 7191880 BLZ: 22290031  
IBAN: DE54 2229 0031 0007 1918 80 BIC: GENODEF1VIT

## Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin

Seite 2 des Schreibens zu DRII-0289/15 vom 13.05.2015 an von Stosch, Wilhelm Henning, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

- Mitteilung der aktuellen Anschrift,
- Mitteilung des DR-Aktenzeichens der zugrunde liegenden Eintragung,
- Mitteilung der eintragenden Gerichtsvollzieherin \ des eintragenden Gerichtsvollziehers.

Das Amtsgericht leitet den Antrag an das zuständige Zentrale Vollstreckungsgericht weiter, welches über den Antrag entscheidet. Bei positiver Entscheidung des zuständigen Zentralen Vollstreckungsgerichts erhält der Schuldner per Post ein maschinell erstelltes Schreiben des gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder, welches eine PIN enthält. Mit dieser PIN kann der Schuldner sich unter [www.vollstreckungsportal.de](http://www.vollstreckungsportal.de) Anmeldung Öffentlichkeit / èSelbstauskunft für eingetragene Schuldner in das geschützte System einloggen und die gespeicherten Daten zu seiner Person und zu den Personen/Stellen, die die entsprechende Eintragung im Schuldnerverzeichnis abgerufen haben, einsehen.

Weiter enthält das Schreiben des gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder wichtige Informationen zur vorzeitigen Löschung der Eintragung im Schuldnerverzeichnis.

**ACHTUNG:** Die Selbstauskunft, die der Schuldner mit Hilfe der PIN erhält, bezieht sich immer nur auf die im Antrag mit DR-Aktenzeichen bezeichnete Eintragung. Sofern ein Schuldner mehrfach im Schuldnerverzeichnis eingetragen ist, muss er für jede Eintragung einen gesonderten Antrag auf Erteilung der Auskunft stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Gloy  
JSin als Gerichtsvollzieherin  
beim AG Pinneberg



Dienstkonto: VOLKSBANK RAIFFEISENBANK ITZEHOE Kto: 7191880 BLZ: 22290031  
IBAN: DE54 2229 0031 0007 1918 80 BIC: GENODEF1VIT

Absender:



Belegschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

Aktenzeichen

Zugestellt am  
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

15.05.15

## Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts  
☐ Bezirks des Landgerichts  
☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen  
☐ Keine Ersatzzustellung an:  
☐ Nicht durch Niederlegung zustellen  
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

11.05.2015

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofsstraße  
25421 Pinneberg

## **DRII-0289/ 15**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe von einer Privatfirma eine Aufforderung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung bekommen und den Termin abgesagt, weil in dem Anschreiben eine Menge UNSINN, aber keine Rechtsgrundlage zu lesen war.

Mit FAX (Anlage) vom 06.05.2015 habe ich die Nennung der Rechtsgrundlage angefordert.

Sollte diese Privatfirma irgendwelche Verwaltungsakte, die meine Person betreffen, beim Gericht beantragen, dann verlange ich von einem RECHTSSTAATLICH handelnden AMTSGERICHT, daß diese Verwaltungsakte nicht ausgeführt werden und mir Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

Ich weise vorsichtshalber darauf hin, daß, meiner klaren Meinung nach, die Chefin des Amtsgerichtes Pinneberg völlig DURCHGEKNALLT ist, weil sie mich vor Betreten des Gerichtes durchsuchen läßt, während andere Personen da offensichtlich nicht durchsucht werden. Inzwischen hat die vierte oder fünfte Durchsuchung kein Ergebnis gebracht und ich nehme an, daß die, nach meiner klaren Meinung kranke Chefin des Gerichtes, mich auch in Zukunft durchsuchen lassen will. Beim nächsten Mal wird es von der Durchsuchungsaktion vermutlich ein Video geben!



von Stosch

Eine Anlage mit FAX-Sendebescheinigung

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

06.05.2015

PER FAX: 04892/ 8999201

Frau Catharina Gloy  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg

**DRII-0289/ 15 Ihr Schreiben vom 22.04.2015**

Sehr geehrte Frau Gloy,

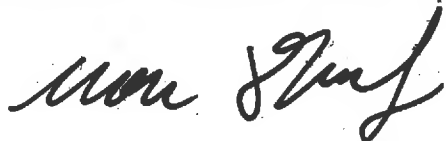
ich sage den Termin am 12.05.2015 hiermit ab.

Bitte weisen Sie mir VOR EINEM TERMIN nach, auf Grund welcher Rechtsgrundlage Sie tätig werden.

Ich verbiete Ihnen hiermit jede Tätigkeit gegen mich bei offiziellen Stellen wie Gerichten und Behörden und ich werde Sie bei Zuwiderhandlung persönlich für alle Folgen haftbar machen!

Ich habe keinen Vertrag mit Ihnen!

Ich sollte in „Ihrem“ Büro in der Friedenstraße schon dreimal „verarscht“ werden und ich spiele nicht mehr mit!



von Stosch

SENDEBERICHT

ZEIT : 06/05/2015 15:39  
NAME : PKASCH COPYSHOP  
FAX : +4932121020432  
TEL :  
S-NR. : K0N653735

DATUM/UHRZEIT  
FAX-NR./NAME  
Ü.-DAUER  
SEITE(N)  
ÜBERTR  
MODUS

06/05 15:39  
048928999201  
00:00:18  
01  
OK  
STANDARD  
ECM

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

06.05.2015

PER FAX: 04892/ 8999201

Frau Catharina Gloy  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg

**DRII-0289/ 15 Ihr Schreiben vom 22.04.2015**

Sehr geehrte Frau Gloy,

ich sage den Termin am 12.05.2015 hiermit ab.

Bitte weisen Sie mir VOR EINEM TERMIN nach, auf Grund welcher Rechtsgrundlage Sie tätig werden.

Ich verbiete Ihnen hiermit jede Tätigkeit gegen mich bei offiziellen Stellen wie Gerichten und Behörden und ich werde Sie bei Zuwiderhandlung persönlich für alle Folgen haftbar machen!

Ich habe keinen Vertrag mit Ihnen!

Ich sollte in „Ihrem“ Büro in der Friedenstraße schon dreimal „verarscht“ werden und ich spiele nicht mehr mit!



von Stosch

SENDEBERICHT

ZEIT : 06/05/2015 15:39  
NAME : PKASCH COPYSHOP  
FAX : +4932121020432  
TEL :  
S-NR. : K0N653735

DATUM/UHRZEIT	06/05 15:39
FAX-NR./NAME	048928999201
Ü.-DAUER	00:00:18
SEITE(N)	01
ÜBERTR	OK
MODUS	STANDARD
	ECM



# Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin (DLA)

Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel. 04892/8999200  
Fax 04892/8999201  
gloy@gerichtsvollzieher.de

Gloy, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg

von Stosch, Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

## SPRECHSTUNDEN

Dienstag 08:00 - 09:00 Uhr  
Donnerstag 13:00 - 14:00 Uhr  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel.: 04101/200707

## DRII-0289/15

BITTE BEI ALLEN SCHREIBEN  
UND ZAHLUNGEN ANGEBEN

Datum: 22.04.2015

Sehr geehrter Herr von Stosch

In der Zwangsvollstreckungssache Kreisjägerschaft Pinneberg im Landesjagdverband S-H e.V., Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder vertreten durch Triskatis & Kollegen Rechtsanwälte, Lindenstraße 19 - 21, 25421 Pinneberg, AZ: 846/12 gegen Sie

habe ich bei Ihnen wegen einer

### Gesamtforderung von 657,03 EUR.

(Forderung des Gläubigers 617,48 EUR und bisherigen Kosten 39,55 EUR) zu vollstrecken.

Sie werden zur Abgabe eines Auskunftsverzeichnisses mit anschließender eidesstattlichen Versicherung hierrüber gemäß § 802f ZPO

**Termin: 12.05.2015, 08:00 Uhr**

Ort: in meinem Büro  
geladen.

Den Termin brauchen Sie nicht wahrzunehmen, wenn Sie diesen Betrag bis zum **11.05.2015** an mich in barem oder auf ein unten angegebenem Dienstkonto ausgeglichen haben.

Der Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft kann verschoben werden, wenn Sie im Termin oder vorher glaubhaft machen, dass Sie die Forderung des Gläubigers binnen einer Frist von bis zu 12 Monaten tilgen werden. Ihr Antrag ist durch die Zahlung eines angemessenen Teilbetrages im Termin und durch die Vorlage geeigneter Urkunden (Arbeitsvertrag, Einkommensnachweis, Auszahlungsbestätigung, ...) glaubhaft zu machen. Hierzu ist jedoch die Zustimmung der Gläubigerin erforderlich.

In dem Termin müssen Sie ein Verzeichnis Ihres Vermögens vorlegen und an Eides statt versichern, dass Sie alle von Ihnen verlangten Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht haben. Ebenso sind Angaben über einen evtl. Geburtsnamen, Geburtsdatum und Geburtsort anzugeben.

Belehrung: Die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Sollten Sie Ihrer Auskunftspflicht nicht bzw. nicht wahrheitsgemäß nachkommen, so besteht auf Antrag der Gläubigerin die Möglichkeit der Einholung von Auskünften Dritter (§ 802i ZPO). Dies können das Zentrale Kraftfahrtbundesamt oder z.B. Rentenversicherungen sein.

Eine Eintragung im Schuldnerverzeichnis zur Information des Wirtschaftsverkehrs muss ich durchführen, wenn Sie die Vermögensauskunft verweigern, eine vollständige Befriedigung nach dem Inhalt des Vermögensverzeichnisses nicht möglich ist oder Sie, falls pfändbare Gegenstände vorhanden sind, nicht die

Dienstkonto: VOLKSBANK RAIFFEISENBANK ITZEHOE Kto: 7191880 BLZ: 22290031  
IBAN: DE54 2229 0031 0007 1918 80 BIC: GENODEF1VIT

# Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin

Seite 2 des Schreibens zu DRII-0289/15 vom 22.04.2015 an von Stosch, Henning, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

Befriedigung des Gläubigers binnen eines Monats nach Abgabe der Vermögensauskunft nachweisen (§882c ZPO).

**Mitzubringen sind zum Termin alle Schriftstücke, durch die Sie Ihre Angaben belegen können. Das sind insbesondere Urkunden, Verträge, Mietverträge, Eheverträge, Kauf- und Leasingverträge, Grundbuchblattabschriften, Kontoauszüge, Urteile, Versicherungspolicen/-scheine (z.B. Riester-, Renten-, Lebensversicherung), Aktenzeichen und genaue Bezeichnung Ihrer gesetzlichen Rentenversicherung, SOZIALVERSICHERUNGS AUSWEIS, Leistungs-/Bewilligungsbescheide von Sozialamt/Arbeitsamt und Wohngeldstelle, Lohnscheine, Lohn- und Gehaltsabrechnungen, Sparbücher, Quittungen, usw.**

Bei unvollständigen Angaben oder fehlenden Unterlagen wird der Termin vertagt. Sie müssen dann nochmals erscheinen.

Die eidesstattliche Versicherung ist stets persönlich abzugeben. Schriftliche Einwendungen sind unbeachtlich.

Falls Sie zu diesem Termin nicht erscheinen, Ihr Ausbleiben nicht mit triftigen Gründen - wie unabwendbarer Zufall oder Verhinderung durch ernsthafte Erkrankung - glaubhaft entschuldigen oder wenn Sie sich grundlos weigern, die Vermögensauskunft abzugeben, wird auf Antrag des Gläubigers gegen Sie ein Haftbefehl erlassen gem. § 802g ZPO. Zugleich erfolgt eine Eintragung in das Schuldnerverzeichnis (§ 882c Abs.1 ZPO).

Haben Sie innerhalb der letzten drei Jahre die eidesstattliche Versicherung schon abgegeben, so teilen Sie dies bitte sofort unter Angabe des Gerichts bzw. Namen des Gerichtsvollziehers und der Geschäftsnummer mit. Zum Termin müssen Sie trotzdem erscheinen.

Die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung / Vermögensauskunft wird in einem bundeszentralem Verzeichnis eingetragen, aus dem jeder auf begründeten Antrag Auskunft erhält. Berufsvertretungen (z.B. Industrie- und Handelskammern) dürfen ihren Mitgliedern Auskünfte über Eintragungen erteilen.

Die Eintragung in dem Schuldnerverzeichnis kann auf Ihren Antrag gelöscht werden, wenn die vollständige Befriedigung des Gläubigers innerhalb eines Monats nachgewiesen wird (§ 882c Abs. 3 ZPO).

Die durch die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung und die Veröffentlichung entstehenden wirtschaftlichen Nachteile können Sie verhindern, wenn Sie die Forderung des Gläubigers bis zum **Termin** mit Kosten und Zinsen an mich bezahlen oder mir die Zahlung nachweisen.

Grundlage dieser Ladung sind folgende(r) Titel:

Kostenfestsetzungsbeschluss Amtsgericht Pinneberg vom 26.01.2015, Az.: 73 C 2/13, zugestellt am 03.02.2015; Kostenfestsetzungsbeschluss Amtsgericht Pinneberg vom 03.03.2015, Az.: 73 C 2/13, zugestellt am 09.03.2015

Mit freundlichen Grüßen

  
Gloy  
JSin als Gerichtsvollzieherin  
beim AG Pinneberg

Dienstkonto: VOLKSBANK RAIFFEISENBANK ITZEHOE Kto: 7191880 BLZ: 22290031  
IBAN: DE54 2229 0031 0007 1918 80 BIC: GENODEF1VIT

VUZ

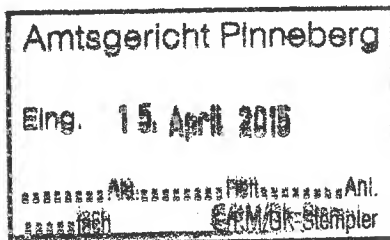
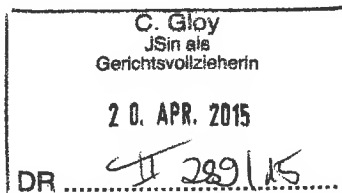
# TRISKATIS & KOLLEGEN

RECHTSANWÄLTE FACHANWÄLTE NOTARE

TRISKATIS & KOLLEGEN  
Lindenstraße 19-21 25421 Pinneberg

Amtsgericht Pinneberg  
Verteilerstelle für GVZ-Aufträge  
Bahnhofstr. 17

25421 Pinneberg



Betreff: Kreisjägerschaft Pinneberg ./ von Stosch

A U  
DR -> DRU

**Renate Sykosch**  
Rechtsanwältin und Notarin  
RA-Schwerpunkt Erbrecht

**Helmut R. Triskatis**  
Rechtsanwalt und Notar a.D.

**Bernd Brahms**  
Rechtsanwalt und Notar

**Oliver Löhnert**  
Rechtsanwalt und Notar  
Fachanwalt für Familienrecht  
Fachanwalt für Verkehrsrecht

**Dr. Steffen Böhm-Rupprecht**  
Rechtsanwalt und Notar  
Fachanwalt für Arbeitsrecht  
Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht

**Ali Moradzadeh, LL.M.**  
Rechtsanwalt

Datum:	Aktenzeichen:
14.04.2015	846/12zT06
Auskunft erteilt:	
Frau Humke	
Direktwahl:	
04101/2108-33	

## ANTRAG AUF TERMIN ZUR ABGABE DER VERMÖGENS-AUSKUNFT

In der vorstehend bezeichneten Zwangsvollstreckungssache werden anliegend die Zwangsvollstreckungsunterlagen überreicht mit dem Antrag, Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft sowie der eidesstattlichen Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben gem. § 802c ZPO zu bestimmen. Der Antrag wird auch für den Fall gestellt, dass gegen den Schuldner bereits anderweitig Haft zur Erzwingung der Abgabe der Vermögensauskunft gem. § 802g ZPO angeordnet ist. *Der Gerichtsvollzieher wird angewiesen, die Ladung nicht durch persönliche Zustellung zu veranlassen.*

Für den Fall, dass der Schuldner dem zur Abgabe der Vermögensauskunft bestimmten Termin unentschuldigt fernbleibt wird gemäß § 802g ZPO beantragt, die Sache an das zuständige Vollstreckungsgericht zu übermitteln und dort Haftbefehl gegen den Schuldner zum Zwecke der Abgabe der Vermögensauskunft zu erlassen.

Sollte ein Haftbefehl erlassen werden, wird der Gerichtsvollzieher bereits jetzt beauftragt, den Haftbefehl zu vollziehen.

Lindenstraße 19-21  
25421 Pinneberg

☐ direkt neben der Kanzlei

Tel: 04101 / 2108-0  
Fax: 04101 / 2108-30

Email: humke@kanzlei-pinneberg.de  
www.kanzlei-pinneberg.de

VR Bank Pinneberg eG  
BLZ: 221 914 05  
Kto: 49 70 70 50  
BIC: GENODEF1PIN  
IBAN: DE36221914050049707050

Sparkasse Südholstein  
BLZ: 230 510 30  
Kto: 22 88 447  
BIC: NOLADE21SHO  
IBAN: DE90230510300002288447

USt-IdNr.: DE229709708

D10/527-15

Sofern der Schuldner die Abgabe der Vermögensauskunft ohne Grund verweigert, wird bereits jetzt die Einholung von Fremdauskünften gem. § 802I ZPO beantragt:

Es wird gebeten, bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß § 802I Absatz 1 Nr. 1 ZPO den Namen, die Vornamen oder die Firma sowie die Anschriften der derzeitigen Arbeitgeber eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses des Schuldners zu erheben sowie das Bundeszentralamt für Steuern gemäß § 802I Absatz 1 Nr. 2 ZPO zu ersuchen bei den Kreditinstituten die in § 93b Abs. 1 AO bezeichneten Daten abzurufen.

Sollte der Schuldner bereits das Vermögensverzeichnis abgegeben haben, wird gebeten, umgehend eine Abschrift des Terminsprotokolls und des Vermögensverzeichnisses, ggf. auch aus anderen Terminen, zu übersenden, sofern dieses nicht älter als 6 Monate ist. 9

Sollte kein Gerichtsvollzieher in dem Gerichtsbezirk des Vollstreckungsgerichts örtlich zuständig sein, wird gebeten, die Sache an das zuständige Gericht weiterzuleiten und den Gläubigervertreter hierüber zu informieren.

**Gegenstandswert: 582,67 €**

Verfahrensbüchse §§ 2 Abs. 2, 13 Nr. 3309 0,3 24,00 €  
VV RVG

Post- und Telekommunikationsentgelt Nr. 4,80 €  
7002 VV RVG

Zwischensumme netto 28,80 €

19 % Umsatzsteuer Nr. 7008 VV RVG 5,47 €

**Gesamtbetrag** **34,27 €**

Der Gläubiger ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.

RAe Triskatis & Kollegen



Triskatis  
Rechtsanwalt

**FORDERUNGSKONTO Akte: 846/12 Stand: 14.04.15****Gläubiger:**

Kreisjägerschaft Pinneberg im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V e.V., c/o  
Herrn

Hans-Albrecht Hewicker, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

vertr. d. Rechtsanwälte Triskatis & Kollegen, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinne-  
berg

Konto: VR Bank Pinneberg, IBAN DE36221914050049707050 BIC  
GENODEF1PIN

**Schuldner:**

Henning von Stosch, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

**Forderung / Titel:**

Kostenfestsetzungsbeschluss AG Pinneberg vom 26.01.2015

Kostenfestsetzungsbeschluss AG Pinneberg vom 03.03.2015

Az: 73 C 2/13

Nr.	Datum	Betrag € Buchungstext	K. Zinsen	Kosten	H. Zinsen	H. Forderg.
1	20.02.2014	217,18 Festgesetzte Kosten	0,00	217,18	0,00	0,00
2	11.02.2015	352,24 Festgesetzte Kosten	9,10	569,42	0,00	0,00
3	14.04.2015	34,27 Geb. Vermögensauskunft Nr. 3309 VV RVG (Gegenstandswert 582,67 EUR) Basiszins: -0,83 %	13,25	603,69	0,00	0,00
	14.04.2015					

**Kumulierte Beträge**

Gesamtkosten	603,69 € unverzinsliche Kosten	34,27 €
verzinsliche Kosten	569,42 € Kostenzinsen	13,25 €

**GESAMTFORDERUNG 616,94 € per 14.04.2015 zzgl. Tageszinsen 0,07 € ab dem 14.04.2015**

unverzinsliche Kosten:	34,27 €
verzinsliche Kosten:	569,42 € nebst Zinsen 5 %-Punkte über Basiszins
Hauptforderung	0,00 €
Summe ohne Zinsen:	603,69 €
Zinsen auf Kosten:	13,25 € Tageszinsen: 0,07 €



**Beglaubigt und vereinfacht  
zugestellt an: 23.04.15**

**St. P. Sin**  
Gerichtsvollzieherin

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse -  
Wilhelminenstraße 34, 24103 Kiel

von Stosch  
Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Sie schulden dem Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse - zum Kassenzeichen

03009660535400 den noch offenen Betrag in Höhe von  
**38,50 EUR**

**Gläubigerbehörde:**  
Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

Dienststellen-Nr.: 09022000

**Kassenzeichen :** 03009660535400  
Zahlungsgrund : \*Kreisjägerschaft Pinneberg e.V  
Aktenzeichen : 4 T 184/15  
Fälligkeit : 04.09.2015  
Mahnung am : 25.09.2015

Aus diesem Grund muss der Vollstreckungsbeamte beauftragt werden, gegen Sie die Sachzwangsvollstreckung durchzuführen. Die Vollstreckung ist für Sie mit erheblichen Kosten verbunden. Die Vollstreckung kann abgewendet werden, wenn Sie die offene Gesamtforderung innerhalb von zwei Wochen auf das unten angegebene Konto des Finanzministeriums des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse - zahlen.

Mit freundlichen Grüßen

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein  
- Landeskasse -

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse -  
Wilhelminenstraße 34, 24103 Kiel

von Stosch  
Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Sie schulden dem Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse - zum Kassenzeichen

03009660545100 den noch offenen Betrag in Höhe von  
**38,50 EUR**

**Gläubigerbehörde:**  
Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

Dienststellen-Nr.: 09022000

**Kassenzeichen :** 03009660545100  
Zahlungsgrund : \*Kreissjägerschaft Pinneberg e.V  
Aktenzeichen : 4 T 193/15  
Fälligkeit : 04.09.2015  
Mahnung am : 25.09.2015

Aus diesem Grund muss der Vollstreckungsbeamte beauftragt werden, gegen Sie die Sachzwangsvollstreckung durchzuführen. Die Vollstreckung ist für Sie mit erheblichen Kosten verbunden. Die Vollstreckung kann abgewendet werden, wenn Sie die offene Gesamtforderung innerhalb von zwei Wochen auf das unten angegebene Konto des Finanzministeriums des Landes Schleswig-Holstein - Landeskasse - zahlen.

Mit freundlichen Grüßen

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein  
- Landeskasse -



K 4000

00 1787



Deutsche Post 

FRANKIT 0,62 EUR

16.10.15 1D15000499



Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes  
Schleswig-Holstein | Postfach 71 45 | 24171 Kiel

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

Ihr Zeichen: -  
Ihre Nachricht vom: -  
Mein Zeichen: II 31/1402 E – 124/15  
Meine Nachricht vom: -

Dr. Dirk Bahrenfuss  
Dirk.Bahrenfuss@jumi.landsh.de  
Telefon: 0431 988-2627  
Telefax: 0431 988-3870

20. Oktober 2015

**Ihre Schreiben an das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa vom 11.09.2015  
sowie vom 08.10.2015**

Sehr geehrter Herr von Stosch,

Ihre Schreiben an Frau Ministerin Spoorendonk sind mir als dem Leiter des Zivilrechtsreferats vorgelegt worden.

Mit Ihren beiden Schreiben verfolgen Sie Ihre bereits mit den Schreiben v. 24.08.2015 und 28.08.2015 vorgetragene Kritik an zwei Beschlüsse des Landgerichts Itzehoe weiter.

Mit Schreiben v. 03.09.2015 waren Sie bereits darauf hingewiesen worden, dass das von Ihnen begehrte Einschreiten des Justizministeriums gegen nach Ihrer Ansicht fehlerhafte Beschlüsse des Landgerichts Itzehoe nicht in Betracht kommt.

Auf den Gang von Gerichtsverfahren im Einzelnen und deren Ergebnis kann das Justizministerium aufgrund der Unabhängigkeit der „Dritten Gewalt“ keinen Einfluss nehmen. Richter sind gemäß Art. 97 Abs. 1 des Grundgesetzes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Das bedeutet, dass sie in ihrer Rechtsfindung von niemandem angewiesen werden können. Vielmehr können richterliche Entscheidungen nur nach Einlegung der dafür vorgesehenen Rechtsbehelfe durch andere Richter überprüft werden. Dem Justizministerium steht es somit nicht zu, im Einzelfall die von einem Gericht getroffenen Entscheidungen und prozessleitenden Maßnahmen zu prüfen oder zu bewerten.

Soweit Sie dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen begehren, bitte ich Sie, sich an den hierfür zuständigen Präsidenten des Landgerichts Itzehoe zu wenden. Schon jetzt möchte ich Sie allerdings darauf hinweisen, dass im Hinblick auf die richterliche Unabhängigkeit Maßnahmen der Dienstaufsicht nicht auf inhaltliche Kritik an gerichtlichen Entscheidungen gestützt werden können.

Ich möchte Sie außerdem darum bitten, bei zukünftigen Schreiben die üblichen Gepflogenheiten im gesellschaftlichen Miteinander einzuhalten und auf Vorwürfe beleidigenden Charakters zu verzichten. Gleiches gilt für Ihre Veröffentlichungen im Internet

(<https://archive.org/details/AmtsgerichtPinnebergvollamPranger>). Insoweit erwarte ich, dass Sie Ihre Internetbeiträge entsprechend überarbeiten.

Abschließend weise ich Sie darauf hin, dass das Justizministerium weitere Eingaben in dieser Sache, die keinen neuen Sachvortrag enthalten, nicht mehr beantworten wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bahrenfuss


Beglaubigt  
Angestellte



Landesregierung  
Schleswig-Holstein  
Postfach 71 25  
24171 Kiel

0002 10



Deutsche Post   
**FRANKIT** 00,62 EUR  
23.10.15 4D060008DE



Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes  
Schleswig-Holstein | Postfach 71 45 | 24171 Kiel

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

Ihr Zeichen: -  
Ihre Nachricht vom: -  
Mein Zeichen: II 31/1402 E-124/15  
Meine Nachricht vom: -

Dr. Dirk Bahrenfuss  
Dirk.Bahrenfuss@jumi.landsh.de  
Telefon: 0431 988-2627  
Telefax: 0431 988-3870

22. Oktober 2015

**Ihre Schreiben an das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa vom 11.09.2015 sowie vom 08.10.2015**

Sehr geehrter Herr von Stosch,

Ihre Schreiben an Frau Ministerin Spoorendonk sind mir als dem Leiter des Zivilrechtsreferats vorgelegt worden.

Mit Ihren beiden Schreiben verfolgen Sie Ihre bereits mit den Schreiben v. 24.08.2015 und 28.08.2015 vorgetragene Kritik an zwei Beschlüsse des Landgerichts Itzehoe weiter.

Mit Schreiben v. 03.09.2015 waren Sie bereits darauf hingewiesen worden, dass das von Ihnen begehrte Einschreiten des Justizministeriums gegen nach Ihrer Ansicht fehlerhafte Beschlüsse des Landgerichts Itzehoe nicht in Betracht kommt.

Auf den Gang von Gerichtsverfahren im Einzelnen und deren Ergebnis kann das Justizministerium aufgrund der Unabhängigkeit der „Dritten Gewalt“ keinen Einfluss nehmen. Richter sind gemäß Art. 97 Abs. 1 des Grundgesetzes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Das bedeutet, dass sie in ihrer Rechtsfindung von niemandem angewiesen werden können. Vielmehr können richterliche Entscheidungen nur nach Einlegung der dafür vorgesehenen Rechtsbehelfe durch andere Richter überprüft werden. Dem Justizministerium steht es somit nicht zu, im Einzelfall die von einem Gericht getroffenen Entscheidungen und prozessleitenden Maßnahmen zu prüfen oder zu bewerten.

Soweit Sie dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen begehren, bitte ich Sie, sich an den hierfür zuständigen Präsidenten des Landgerichts Itzehoe zu wenden. Schon jetzt möchte ich Sie allerdings darauf hinweisen, dass im Hinblick auf die richterliche Unabhängigkeit Maßnahmen der Dienstaufsicht nicht auf inhaltliche Kritik an gerichtlichen Entscheidungen gestützt werden können.

Ich möchte Sie außerdem darum bitten, bei zukünftigen Schreiben die üblichen Gepflogenheiten im gesellschaftlichen Miteinander einzuhalten und auf Vorwürfe beleidigenden Charakters zu verzichten. Gleiches gilt für Ihre Veröffentlichungen im Internet

(<https://archive.org/details/AmtsgerichtPinnebergvollandPranger>). Insoweit erwarte ich, dass Sie Ihre Internetbeiträge entsprechend überarbeiten.

Abschließend weise ich Sie darauf hin, dass das Justizministerium weitere Eingaben in dieser Sache, die keinen neuen Sachvortrag enthalten, nicht mehr beantworten wird.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Bahrenfuss

Beglaubigt

*Heinrich Peters*  
Angestellte





Deutsche Post   
FRANKIT 00,62 EUR  
23.10.15 4D060008DE



000211

Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
D – 25421 Pinneberg

27.10.2015

**PER FAX: 0431 988 – 3704**

An die  
Ministerin für Justiz, Kultur und Europa  
Frau Anke Spoorendonk  
- persönlich -  
24103 Kiel

**Schreiben von Herrn Dr. Bahrenfuss vom 20.10.2015**  
**Az.: II 31/ 1402 E-124/15**

Sehr geehrte Frau Ministerin Spoorendonk,  
ich bin etwas verwundert über die Personen, die für Sie arbeiten.

Ich bekam zwei gleichlautende Schreiben von Ihrem engen Mitarbeiter Herrn Dr. Bahrenfuss. Das eine Schreiben trägt das Datum vom 22.10.2015 und wurde von Frau Manuele Petersen unterzeichnet. Das zweite Schreiben trägt das Datum vom 20.10.2015 und die Unterschrift der beglaubigenden Person ist unleserlich.

Dieses doppelte Schreiben spricht sehr dafür, daß es in Ihrem Hause eine große Portion Verwirrung gibt. Im Interesse des Landes Schleswig-Holstein bitte ich Sie, das zu überprüfen und Mängel abstellen zu lassen.

Wenden Sie die Ergebnisse dieser Überprüfung bitte auch auf meinen Fall an und sorgen Sie für saubere Verhältnisse in der Justiz des Landes Schleswig-Holstein. Die Fakten sind unübersehbar. Es ist etwas sehr faul! Nicht die Frustration von Bürgern, sondern Disziplinarmaßnahmen sind angesagt. Eventuell sogar in Ihrem Hause, dem Justizministerium in Kiel.



Frau Ministerin Spoorendonk, mir werden von Herrn Bahrenfuss Vorschläge unterbreitet, die offensichtlich in die Frustration führen sollen. Ich möchte „schon wieder“ sagen, weil Ihre Mitarbeiterin Frau Möser das auch versucht hat.

Frau Ministerin Spoorendonk, warum wird das mit mir versucht? Hält mich da jemand für dumm und will nicht begreifen, daß ich mich erfolgreich gegen einen schwerkriminellen Landrat mit Namen Oliver Stolz behaupten konnte?

Frau Ministerin Spoorendonk, warum wird mir von Herrn Bahrenfuss Unhöflichkeit unterstellt?

1. Hat der Herr Bahrenfuss sich nicht die Mühe gemacht, die Fakten zu prüfen?
2. Hat er nicht begriffen, in welchen Sumpf von Heimtücke und Korruption ich geraten bin?
3. Ist er dem Link zum Landrat Stolz, auf der von ihm zitierten Internetseite, nicht gefolgt?
4. Hat Herr Bahrenfuss nicht begriffen, daß sich Oliver Stolz von mir seit Mitte Januar 2014 öffentlich einen „Schwerkriminellen, der abgeurteilt gehört“ nennen läßt?
5. Hat der Herr Bahrenfuss den Grund für diese von mir genutzte Bezeichnung für Oliver Stolz begriffen? Oder war schon das zuviel verlangt?
6. Hat Herr Bahrenfuss sich etwa nicht der Mühe unterzogen, sich bei Oliver Stolz zu erkundigen, wie der sich zur Wehr gesetzt hat?
7. Zählt der Herr Bahrenfuss etwa zu den Leuten, die nicht zu einem Landrat durchgestellt werden?
8. Hat Herr Bahrenfuss nicht begriffen, daß man in bestimmten Situationen nur dann seine Position behaupten kann, wenn man sehr deutlich wird? Das habe ich nämlich getan! Und das werde ich auch einem Herrn Bahrenfuss gegenüber tun.

Zurück zur Gesamtschau:

Frau Ministerin Spoorendonk, die Wahlbeteiligung sinkt seit vielen Jahren zunehmend! Brauchen Sie noch mehr Fakten, um zu verstehen,

daß sich etwas tun muß in unserem Lande?

Mein Fall ist nur ein ganz kleiner Teil des Gesamtproblems.

Frau Ministerin Spoorendonk, ich habe keinen Zweifel daran, daß Sie vollständig informiert sind. Sollte ich mit meinem Begehren Unrecht haben, hätte man mir das lange mitgeteilt. Mit nachvollziehbarer Begründung mitgeteilt.

Ich bekomme keine „richtige Antwort“ und bewerte das als Bestätigung, daß ich mit meinen Beschwerden Recht habe.

Ich frage Sie deshalb zum letzten Mal: Sind Sie der Meinung, daß sich rechtschaffende Bürger vor Verwaltungen/ Gerichten „totlaufen“ und finanziell „ausbluten“ sollen, ohne von den höchsten Regierungskreisen Unterstützung zu bekommen?

Ich erwarte Ihre Antwort bis zum 29.11.2015

Mit freundlichen Grüßen



von Stosch

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

30.10.2015

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofsstraße  
25421 Pinneberg

*Original  
wurde am  
30.10.2015  
in den Postfach  
des AG  
geworfen.  
auf  
02.11.15*

### **SOFORTBESCHWERDE**

Schreiben der Privatperson Catharina Gloy als angebliche Gerichtsvollzieherin vom 20.10.2015

Aktenzeichen der Privatperson Catharina Gloy: **DRII-0764/15**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Privatperson Catharina Gloy hat mir mit Schreiben vom 20.10.2015 angekündigt, mich nach dem 13.11.2015 verhaften zu wollen. Eine Rechtsgrundlage hat sie dafür nicht angegeben.

Ich erhebe deshalb **SOFORTBESCHWERDE** gegen den Haftbefehl und beantrage den Haftbefehl auf unbestimmte Zeit auszusetzen.

Darüber hinaus beantrage ich, mir den Haftbefehl in Kopie zuzusenden, damit ich ihn prüfen kann.

#### **Begründung:**

Frau Gloy behauptet in Ihrem Schreiben, daß ich die Abgabe der Vermögensauskunft verweigert hätte. Das ist sachlich unrichtig. Ich habe mich nur geweigert, mich von einer Privatperson zitieren zu lassen. Dieses Recht steht mir zu. Meine Beschwerden haben weder beim AG Pinneberg noch beim LG Itzehoe zu nachvollziehbaren Beschlüssen geführt. Die dortigen Aktenzeichen lauten:

- AG Pinneberg: 77 M 536/ 15
- LG Itzehoe: 4 T 193/ 15.

Die notwendige Beschwerde beim Justizministerium in Kiel, Frau Ministerin Spoorendonk läuft noch, wobei festzustellen ist, daß sich Ministerialbürokratien bundesweit dadurch auszeichnen, daß einfache Tatsachen dort nicht vermittelbar sind! Ansprechpartner in Kiel ist Herr Bahrenfuss, Tel.: 0431 – 988 – 2627. Das dortige Aktenzeichen lautet: II 31/ 1402 E – 124/15.

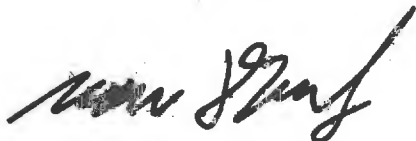
Ich weise daraufhin, daß diese Sofortbeschwerde weder beim Amtsgericht Pinneberg noch bei einem anderen schleswig-holsteinischen Gericht rechtsstaatlich abgearbeitet werden kann, solange das Justizministerium in Kiel offensichtlich keine nachvollziehbare Antwort geben will und damit eine wirksame Konfliktlösung vom Ministerium verweigert wird.

Ich weise weiter darauf hin, daß es sehr angreifbare Urteile/ Beschlüsse des Amtsgerichtes Pinneberg gibt, die bei Kenntnis der Sachlage den Einfluß sachfremder Erwägungen klar erkennen lassen!

Eine rechtsstaatliche Abarbeitung dieser Beschwerde ist nur durch ein Gericht eines anderen Bundeslandes möglich, wobei ich mit einem Hamburger Gericht nicht einverstanden bin!

Um Parteifilz weitgehend ausschließen zu können, wäre es sinnvoll, ein Bundesland zu wählen, das nicht von der SPD regiert wird. Ich weise daraufhin, daß das für mich im Zweifel von Nachteil sein wird. Trotzdem scheint das der einzige gangbare Weg zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'von Stosch', written in a cursive style.

von Stosch

**Anlage:**

Erste Seite des Anschreibens der Privatperson Catharina Gloy vom 20.10.2015.  
Die Seite 2 ist nicht erforderlich, weil es sich um eine Art Merkblatt handelt.

**Catharina Gloy**  
**JSin als Gerichtsvollzieherin (DLA)**

Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel. 04892/8999200  
Fax 04892/8999201  
gloy@gerichtsvollzieher.de

Gloy, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg

von Stosch, Wilhelm Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

**SPRECHSTUNDEN**

Dienstag 08:00 - 09:00 Uhr  
Donnerstag 13:00 - 14:00 Uhr  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel.: 04101/200707

**DRII-0764/15**

BITTE BEI ALLEN SCHREIBEN  
UND ZAHLUNGEN ANGEBEN

Datum: 20.10.2015

Sehr geehrter Herr von Stosch

In der Zwangsvollstreckungssache Kreisjägerschaft Pinneberg im Landesjagdverband S-H e.V., Hanredder 10,  
25335 Bokholt-Hanredder  
gegen Sie

hat das Vollstreckungsgericht einen Haftbefehl gegen Sie erlassen.

Ursache hierfür ist, dass Sie zur Abgabe der Vermögensauskunft im vormaligen Termin nicht erschienen sind  
bzw. die Abgabe verweigert haben.

Ich bin beauftragt, Sie zur Erzwingung der Vermögensauskunft zu verhaften. Um unnötiges Aufsehen zu  
vermeiden, haben Sie die Möglichkeit am

**Freitag, 13.11.2015, 08:00 Uhr**

in das **Amtsgericht Pinneberg (Wachtmeisterei)** zu kommen. Es sind Unterlagen zu den erforderlichen  
Angaben mitzubringen (Siehe dazu Ladungsschreiben und Merkblatt).

Sollten Sie zum Termin nicht erscheinen, müssen Sie mit Verhaftungsversuchen zu einer Ihnen nicht  
genehmen Zeit, auch mit Unterstützung der Polizei und eines Schlossers, rechnen. Bei Weigerung der Abgabe  
der Vermögensauskunft erfolgt die Einlieferung in die Justizvollzugsanstalt.

Sie können die Verhaftung abwenden durch Zahlung der Gesamtforderung in Höhe von **710,60 EUR**.

Mit freundlichen Grüßen



Gloy  
JSin als Gerichtsvollzieherin  
beim AG Pinneberg

Dienstkonto: VOLKSBANK RAIFFEISENBANK ITZEHOE Kto: 7191880 BLZ: 22290031  
IBAN: DE54 2229 0031 0007 1918 80 BIC: GENODEF1VIT

# Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin (DLA)

Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel. 04892/8999200  
Fax 04892/8999201  
gloy@gerichtsvollzieher.de

Gloy, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg

von Stosch, Wilhelm Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

## SPRECHSTUNDEN

Dienstag 08:00 - 09:00 Uhr  
Donnerstag 13:00 - 14:00 Uhr  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel.: 04101/200707

**DRII-0764/15**

BITTE BEI ALLEN SCHREIBEN  
UND ZAHLUNGEN ANGEBEN

Datum: 02.11.2015

Sehr geehrter Herr von Stosch

In der Zwangsvollstreckungssache Kreisjägerschaft Pinneberg im Landesjagdverband S-H e.V., Hanredder 10,  
25335 Bokholt-Hanredder  
gegen Sie

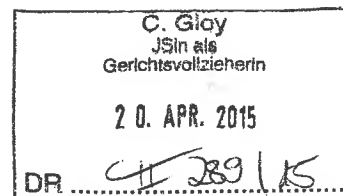
werden anliegende Vollstreckungstitel (Kostenfestsetzungsbeschlüsse des Amtsgerichts Pinneberg vom  
03.03.2015 und 26.01.2015, Az. 73 C 2/13) sowie der Haftbefehl vom 28.09.2015 (77 M 893/15) in Kopie zur  
Kenntnisnahme übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

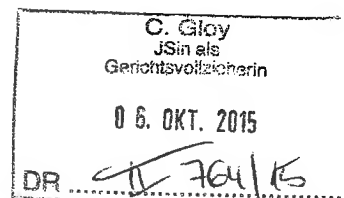
  
Gloy  
JSin als Gerichtsvollzieherin  
beim AG Pinneberg

Dienstkonto: VOLKSBANK RAIFFEISENBANK ITZEHOE Kto: 7191880 BLZ: 22290031  
IBAN: DE54 2229 0031 0007 1918 80 BIC: GENODEF1VIT

73 C 2/13



**Amtsgericht Pinneberg**  
**Kostenfestsetzungsbeschluss**



In dem Rechtsstreit

**Henning von Stosch**, Mühlenstr. 5, 25421 Pinneberg

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Grundmann**, Hohe Straße 1, 25524 Itzehoe, Gz.: 00268/14vG/ZI md

gegen

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch Hans-A. Hewicker, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Beklagter -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Triskatis & Kollegen**, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg, Gz.: 846/12T06

wegen Nichtigerklärung

hat das Amtsgericht Pinneberg am 03.03.2015 beschlossen:

Die von **der Klagepartei** an **die Beklagtenpartei** gem. § 104 ZPO nach dem vollstreckbaren Endurteil des Landgerichts Itzehoe vom 28.11.2014 zu erstattenden Kosten werden auf

**352,24 €**

(in Worten: dreihundertzweiundfünfzig 24/100 Euro)

nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz gem. § 247 BGB hieraus seit 11.02.2015 festgesetzt.

**Gründe:**

Die Berechnung des beantragten Betrages ist gebührenrechtlich nicht zu beanstanden.

Die Kosten sind notwendigerweise entstanden und daher von der Gegenseite zu erstatten.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

gegen diese Entscheidung kann entweder das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) oder der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

**Beschwerde:**

Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro übersteigt.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

oder bei dem

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

einzulegen.

**Erinnerung:**

Wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro nicht übersteigt, kann der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

Die Erinnerung ist binnen einer Frist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

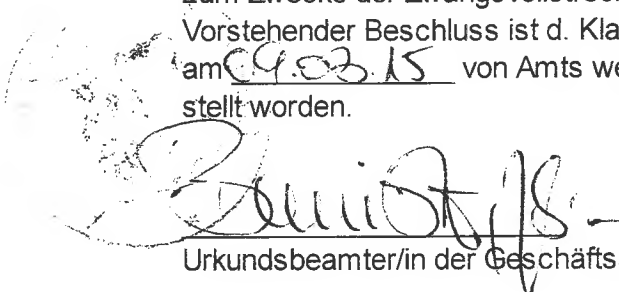
Die Beschwerde beziehungsweise die Erinnerung ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewährt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift beziehungsweise die Erinnerungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde beziehungsweise Erinnerung gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Moltmann  
Rechtspfleger



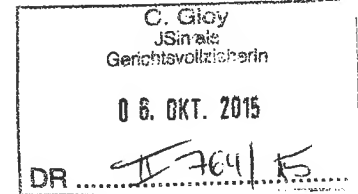
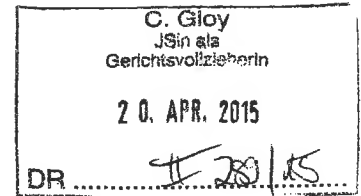
Vorstehende, mit der Urschrift übereinstimmende Ausfertigung wird d. Beklagtenpartei zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt. Vorstehender Beschluss ist d. Klagepartei am 04.03.15 von Amts wegen zugestellt worden.

  
Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

73 C 2/13



**Amtsgericht Pinneberg**  
**Kostenfestsetzungsbeschluss**



In dem Rechtsstreit

**Henning von Stosch**, Mühlenstr. 5, 25421 Pinneberg

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Grundmann**, Hohe Straße 1, 25524 Itzehoe, Gz.: 00268/14vG/ZI md

gegen

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch Hans-A. Hewicker, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Beklagter -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Triskatis & Kollegen**, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg, Gz.: 846/12T06

wegen Nichtigerklärung

hat das Amtsgericht Pinneberg am 26.01.2015 beschlossen:

Die von **der Klagepartei** an **die Beklagtenpartei** gem. § 104 ZPO nach dem vorläufig vollstreckbaren Urteil des Amtsgerichts Pinneberg vom 20.02.2014 zu erstattenden Kosten werden auf

**217,18 €**

(in Worten: zweihundertsiebzehn 18/100 Euro)

nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz gem. § 247 BGB hieraus seit 03.04.2014 festgesetzt.

Der Klagepartei hat das Gericht gestattet, die Zwangsvollstreckung gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 120,00 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrages abzuwenden, sofern nicht die Beklagtenpartei vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 120,00 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.

**Gründe:**

Die Berechnung des beantragten Betrages ist gebührenrechtlich nicht zu beanstanden.

Die Kosten sind notwendigerweise entstanden und daher von der Gegenseite zu erstatten.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Entscheidung kann entweder das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) oder der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

#### **Beschwerde:**

Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro übersteigt.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

oder bei dem

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

einzulegen.

#### **Erinnerung:**

Wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro nicht übersteigt, kann der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

Die Erinnerung ist binnen einer Frist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Beschwerde beziehungsweise die Erinnerung ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift beziehungsweise die Erinnerungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde beziehungsweise Erinnerung gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

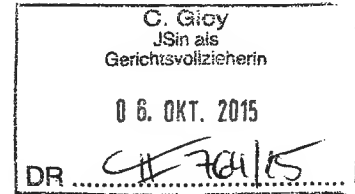
Moltmann  
Rechtspfleger

Vorstehende, mit der Urschrift übereinstimmende Ausfertigung wird d. Beklagtenpartei zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt. Vorstehender Beschluss ist d. Klagepartei am 03.02.2015 von Amts wegen zugestellt worden.



Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

77 M 893/15



## Amtsgericht Pinneberg

### Haftbefehl

In der Zwangsvollstreckungssache

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch d. Vorsitzenden, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Gläubiger -

gegen

**Henning von Stosch**, Staatsangehörigkeit: deutsch, Mühlenstr. 5, 25421 Pinneberg

- Schuldner -

erlässt das Amtsgericht Pinneberg durch den Richter am Amtsgericht Kastell am 28.09.2015 folgenden Haftbefehl:

Auf Antrag der Gläubigerin wird gegen den Schuldner gemäß § 802g ZPO die **Haft** angeordnet, um die Abgabe einer Vermögensauskunft gemäß § 802c ZPO wegen einer Hauptforderung in Höhe von € 616,19 zzgl. weiterer Zinsen und Kosten aus

der vollstreckbaren Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses des Amtsgerichts Pinneberg vom 26.01.2015 (GZ: 73 C 2/13) und  
der vollstreckbaren Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses des Amtsgerichts Pinneberg vom 03.03.2015 (GZ: 73 C 2/13)

zu erzwingen, weil der Schuldner in dem zur Abgabe der Vermögensauskunft bestimmten Termin am 12.05.2015 vor dem zuständigen Justizsekretärin als Gerichtsvollzieherin (DLA) Frau Gloy unter dem Geschäftszeichen DR II 289/15 trotz ordnungsgemäßer Ladung ohne ausreichende Entschuldigung nicht erschienen ist.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

egen den Haftbefehl kann die sofortige Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) eingelegt werden.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

oder bei dem

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Übergabe des Haftbefehls an den Schuldner im Zeitpunkt der Verhaftung.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Kastell  
Richter am Amtsgericht

Ausgefertigt

*Lemke*

Lemke, JFA

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



# Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin (DLA)

Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel. 04892/8999200  
Fax 04892/8999201  
gloy@gerichtsvollzieher.de

Gloy, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg

von Stosch, Wilhelm Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

## SPRECHSTUNDEN

Dienstag 08:00 - 09:00 Uhr  
Donnerstag 13:00 - 14:00 Uhr  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel.: 04101/200707

**DRII-0716/15**

BITTE BEI ALLEN SCHREIBEN  
UND ZAHLUNGEN ANGEBEN

Datum: 02.11.2015

Sehr geehrter Herr von Stosch

In der Zwangsvollstreckungssache Rüping, Kuss, von Scharnweber Rechtsanwälte, Stadtweg 80, 24837  
Schleswig, AZ: 29/14  
gegen Sie

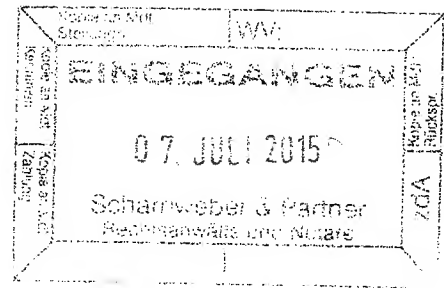
wird anliegender Vollstreckungstitel (Kostenfestsetzungsbeschluss des Amtsgerichts Pinneberg vom  
10.06.2015, Az. 61 C 76/14) in Kopie zur Kenntnisnahme übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

  
Gloy  
JSin als Gerichtsvollzieherin  
beim AG Pinneberg

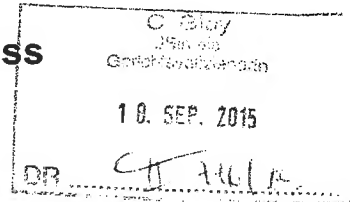
Dienstkonto: VOLKSBANK RAIFFEISENBANK ITZEHOE Kto: 7191880 BLZ: 22290031  
IBAN: DE54 2229 0031 0007 1918 80 BIC: GENODEF1VIT

51 C 76/14



## Amtsgericht Pinneberg

### Kostenfestsetzungsbeschluss



In dem Rechtsstreit

1) **Jörg Rüping**, Stadtweg 80, 24837 Schleswig

- Kläger -

2) **Rüdiger Kuss**, Stadtweg 80, 24837 Schleswig

- Kläger -

3) **Falk von Scharnweber**, Stadtweg 80, 24837 Schleswig

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte zu 1 - 3:

Rechtsanwälte **von Scharnweber & Partner**, Stadtweg 80, 24837 Schleswig, Gz.: 29/14

gegen

**Henning von Stosch**, Mühlenstr. 5, 25421 Pinneberg

- Beklagter -

wegen Forderung

hat das Amtsgericht Pinneberg am 10.06.2015 beschlossen:

Die von **der Beklagtenpartei** an **die Klagepartei** gem. § 104 ZPO nach dem vorläufig vollstreckbaren Urteil des Amtsgerichts Pinneberg vom 17.02.2015 zu erstattenden Kosten werden auf

**357,00 €**

(in Worten: dreihundertsiebenundfünfzig Euro)

nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz gem. § 247 BGB hieraus seit 23.04.2015 festgesetzt.

### Gründe:

Die Berechnung des beantragten Betrages ist gebührenrechtlich nicht zu beanstanden.

Die Kosten sind notwendigerweise entstanden und daher von der Gegenseite zu erstatten. Die



Geltendmachung der Verfahrens- und Terminsgebühr mit den Faktoren 1,3 bzw. 1,2 ist unbedenklich. Bei den geltendgemachten Faktoren handelt es sich um gesetzlich festgelegte Faktoren gem. Nr. 3100 VV RVG und Nr. 3104 VV RVG. Ausnahmen die zur Reduktion der Faktoren führen liegen nicht vor. Soweit der Beklagte einwendet, mit den Klägern keinen Vertrag geschlossen zu haben, sind dies Einwendungen in der Hauptsache über die mit o. g. Urteil entschieden worden ist. Diese Einwendungen sind im Kostenfestsetzungsverfahren unbeachtlich.

Gerichtskosten wurden berücksichtigt gem. Kostenrechnung vom 17.02.2015.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Entscheidung kann entweder das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) oder der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

#### **Beschwerde:**

Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro übersteigt.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

oder bei dem

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

einzulegen.

#### **Erinnerung:**

Wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 Euro nicht übersteigt, kann der Rechtsbehelf der Erinnerung eingelegt werden.

Die Erinnerung ist binnen einer Frist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofstraße 17  
25421 Pinneberg

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Beschwerde beziehungsweise die Erinnerung ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll

der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift beziehungsweise die Erinnerungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde beziehungsweise Erinnerung gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Moltmann  
Rechtspfleger

Vorstehende, mit der Urschrift übereinstimmende Ausfertigung wird d. Klagepartei zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.

Vorstehender Beschluss ist d. Beklagtenpartei am 16.06.15 von Amts wegen zugestellt worden.



  
\_\_\_\_\_  
Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

K 4000

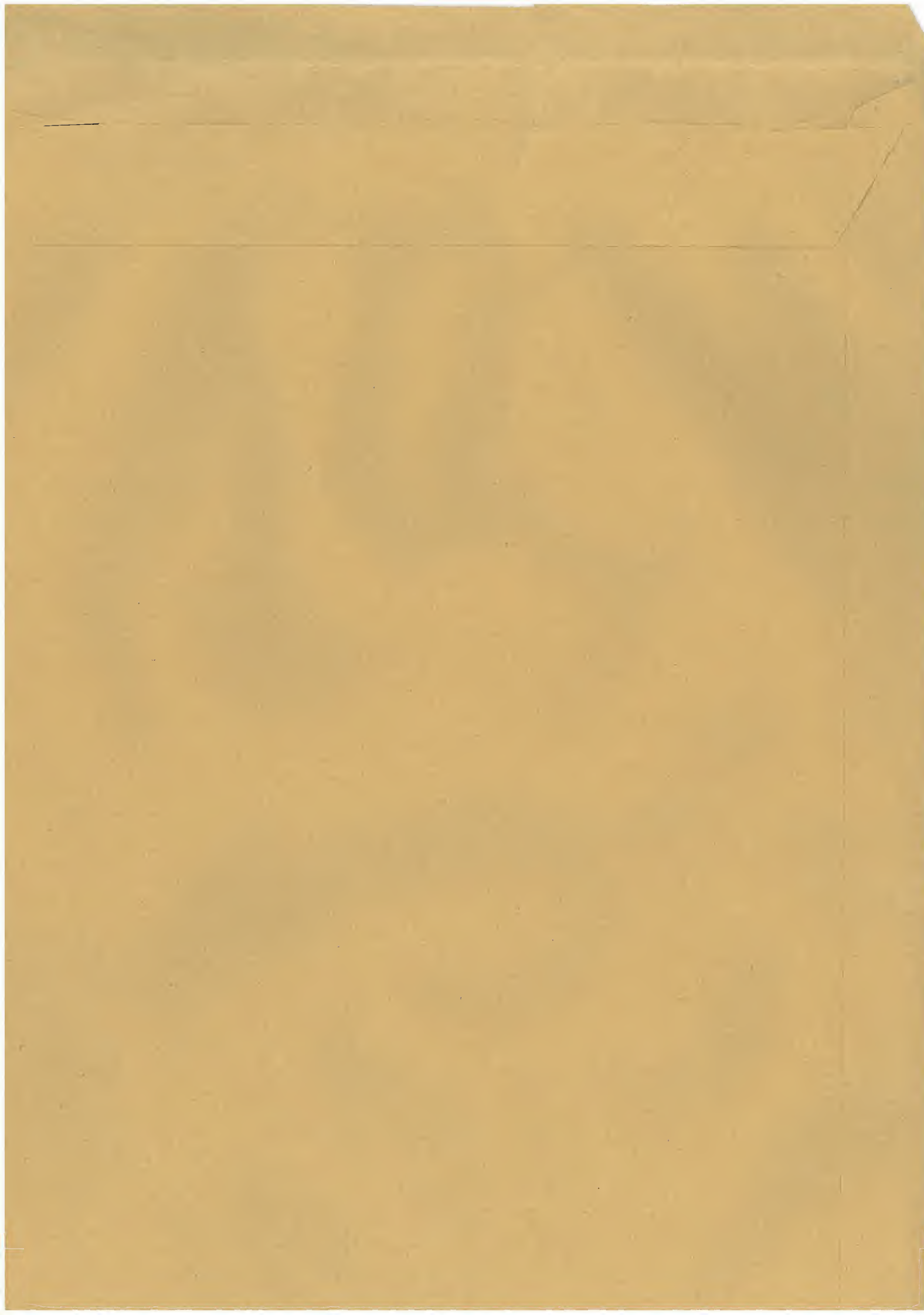
K 4000

000145



Pinneberg  
Postfach 11 49 · 25401 Pinneberg





Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

09.11.2015

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofsstraße  
25421 Pinneberg

### **SOFORTIGE BESCHWERDE**

Schreiben der Privatperson Catharina Gloy als angebliche Gerichtsvollzieherin vom  
02.11.2015

Aktenzeichen der Privatperson Catharina Gloy: **DRII-0764/15**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich sofortige Beschwerde gegen den Haftbefehl des Richters Kastell vom  
28.09.2015 ein.

Der Haftbefehl ist mir mit Schreiben der Privatperson Catharina Gloy vom 02.11.2015  
bekannt geworden.

#### **Begründung:**

Der Haftbefehl ist rechtswidrig. Jede Person aus dem öffentlichen Dienst muß bei  
Amtshandlungen die geltende Rechtsgrundlage mit der dazu erforderlichen  
Ermächtigungsgrundlage nennen! Das ist bisher nicht erfolgt.

Meine bisherigen Beschwerden haben weder beim AG Pinneberg noch beim LG  
Itzehoe zu nachvollziehbaren und damit rechtssicheren Beschlüssen geführt. Die  
dortigen Aktenzeichen lauten:

- AG Pinneberg: 77 M 536/ 15
- LG Itzehoe: 4 T 193/ 15.

Die notwendige Beschwerde beim Justizministerium in Kiel, Frau Ministerin  
Spoorendonk, läuft noch. Das Verfahren ist damit nicht beendet und deshalb ist der  
Haftbefehl unzulässig!

Weiterhin stelle ich fest, daß Frau Catharina Gloy eine Privatperson ist! Diese  
Tatsache ist bisher völlig unbestritten. Auf Seite 1 des Haftbefehls wird diese

Privatperson von Richter Kastell als „Justizsekretärin“ bezeichnet, was offensichtlich unrichtig ist.

Frau Gloy kann eventuell eine Ausbildung als Justizsekretärin haben, dazu liegen hier keine Kenntnisse vor. Sie ist Mitarbeiterin einer Privatfirma oder Inhaberin ihrer Firma und damit hat sie kein Recht, einen Amtstitel zu tragen. Der Haftbefehl beruht also auch auf falschen Angaben und damit ist er erkennbar rechtswidrig.

Weiter wird angeführt, daß es nicht Aufgabe eines Gerichtes ist, für eine Privatperson eine Rechtsgrundlage und eine Ermächtigungsgrundlage zu nennen. Das muß diese Privatperson selber tun. Das hat Frau Gloy bisher offensichtlich nicht getan.

Ich weise noch darauf hin, daß drei Versuche, mir eine Vermögensauskunft/ Offenbarungseid abzunehmen, an einer fehlenden Rechtsgrundlage gescheitert sind. Das, was das Amtsgericht Pinneberg und das Landgericht Itzehoe zu diesem Vorgang in der Vergangenheit gemacht haben, ist ein erkennbarer Versuch der Einschüchterung, der keinerlei rechtsstaatliche Grundlagen hat!

Gleichzeitig werden meine RECHTE beschnitten, da mir die Möglichkeit genommen wird, eventuell nach Nennung einer prüffähigen Rechtsgrundlage doch noch zu zahlen.

RECHTSSTAATLICH wäre nur die prüfbare Nennung der Rechtsgrundlage und der Ermächtigungslage durch die Privatperson Gloy gewesen und die Festsetzung eines neuen Termins!

Mit freundlichen Grüßen



von Stosch

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

11.11.2015

PER FAX: 04892/ 8999201

Frau Catharina Gloy  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg

**DRII-0716/ 15 61 C 76/14 und DRII-0764/ 15**

**Ihr Schreiben vom 20.10.2015**

Meine liebe Frau Gloy,

ich darf Ihnen mitteilen, daß ich Ihre Handlungsweisen für vollständig rechtswidrig halte. Offensichtlich rechtswidrige Beschlüsse des Landgerichtes Itzehoe bestätigen meine Einschätzung.

Dieses Schreiben ist auch kein Vertragsangebot an Sie. Es stellt für Sie einfach eine Hinderung dar, verfrüht weitere rechtswidrige Maßnahmen gegen mich zu treffen.

Sie haben mir keine Rechtsgrundlage für Ihre „Einladung“ zum 13.11.2015 mitgeteilt. Ich werde mich passend zu meinem FAX vom 29.10.2015 verhalten.

Es gibt einen weiteren Grund nicht zu kommen. Ich habe am 21.08.2015 ein Seminar gebucht und 450 Euro Teilnahmegebühr überwiesen. Das Seminar findet auch am 13.11.2015 statt. Den Beweis finden Sie in der Anlage.

Dieses Seminar stellt einen ausreichenden Hinderungsgrund dar, nicht zu erscheinen.

von Stosch

*von Stosch*  
(Anlage nicht im Internet.)



## Postübergabeurkunde

1.1 Geschäftsnummer  
**DRII-0716/15 \* 61 C 76/14**

Urschrift - ~~Ausfertigung~~ - ~~Beglaubigte Abschrift~~  
des hiermit verbundenen Schriftstückes

Nachricht: **SA GV90 Eintragung in S-VZ § 882c Abs. 1 Nr. 1**

1.3 Catharina Gloy, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg

Empfänger

**von Stosch, Wilhelm Henning**  
**Mühlenstraße 5**

habe ich heute auf Antrag des Rechtsanwalts, der Firma  
**Rüping, Kuss, von Scharnweber, Rechtsanwälte, Stadtweg 80,**  
**24837 Schleswig**

**25421 Pinneberg**

als verschlossene, mit meinem Namen, meiner Amtsbezeichnung,  
meiner obigen Geschäftsnummer und obiger Anschrift versehene  
Sendung zur Zustellung an den bezeichneten Empfänger  
der Deutschen Post AG  
mit dem Auftrag übergeben, die Zustellung auszuführen.  
Den Namen meines Auftraggebers habe ich auf dem für den  
Empfänger bestimmten Schriftstück vermerkt.

### Kostenrechnung (GVKostG)

#### **A. Gebühren**

1. Zustellung/Begl. KV 100-102,600

#### **B. Auslagen**

1. Doku-Pauschale KV 700

2. Wegegeld ( km) KV 711

3. Auslagen/Entgelte KV 716

4. Entg. f. sonst. Zustell. KV 701

**Summe**



16.11.2015

Datum

(Gloy)

JSin als Gerichtsvollzieherin



# Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin (DLA)

Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel. 04892/8999200  
Fax 04892/8999201  
gloy@gerichtsvollzieher.de

Gloy, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg

von Stosch, Wilhelm Henning  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

## SPRECHSTUNDEN

Dienstag 08:00 - 09:00 Uhr  
Donnerstag 13:00 - 14:00 Uhr  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg  
Tel.: 04101/200707

## DRII-0716/15

BITTE BEI ALLEN SCHREIBEN  
UND ZAHLUNGEN ANGEBEN

Datum: 16.11.2015

Sehr geehrter Herr von Stosch

In der Zwangsvollstreckungssache Rüping, Kuss, von Scharnweber Rechtsanwälte, Stadtweg 80, 24837  
Schleswig, AZ: 29/14  
gegen Sie

wird hiermit die Eintragung gegen Sie in das Schuldnerverzeichnis nach § 882c Abs. 1 Nr. 1 ZPO mit folgenden  
Daten angeordnet:

Name / Vorname(n): / Stosch / Wilhelm Henning  
Geburtsname:  
Geburtsdatum: 26.12.1954  
Geburtsort: Pinneberg  
Wohnsitz: Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg  
abweichende Personendaten:

Begründung:

Die Eintragung erfolgt, weil Sie Ihrer Pflicht zur Abgabe der Vermögensauskunft nicht nachgekommen sind.

Belehrung:

Gegen diese Eintragungsanordnung nach § 882c ZPO können Sie innerhalb von zwei Wochen seit  
Bekanntgabe dieses Schreibens Widerspruch beim Amtsgericht Pinneberg, Bahnhofstraße 17, 25421  
Pinneberg als Vollstreckungsgericht einlegen. Der Widerspruch hemmt nicht die Eintragung in das  
Schuldnerverzeichnis. Auf Ihren Antrag hin kann das Vollstreckungsgericht anordnen, dass die Eintragung  
einstweilen ausgesetzt wird.

## Hinweis nach § 19 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Entsprechend § 19 BDSG kann ein in das Schuldnerverzeichnis eingetragener Schuldner auf Antrag  
Auskunft erhalten über die zu seiner Person im Schuldnerverzeichnis gespeicherten Daten und über die  
Empfänger, an die die Daten bislang weitergegeben wurden. Der Antrag auf Erteilung der Auskunft kann  
bei jedem Amtsgericht (Rechtsantragstelle) gestellt werden.

Der Antragstellung sind folgende Unterlagen beizufügen:

Kopie des Personalausweises,

Dienstkonto: VOLKSBANK RAIFFEISENBANK ITZHOE Kto: 7191880 BLZ: 22290031  
IBAN: DE54 2229 0031 0007 1918 80 BIC: GENODEF1VIT

# Catharina Gloy JSin als Gerichtsvollzieherin

Seite 2 des Schreibens zu DRII-0716/15 vom 16.11.2015 an von Stosch, Wilhelm Henning, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

- Mitteilung der aktuellen Anschrift,
- Mitteilung des DR-Aktenzeichens der zugrunde liegenden Eintragung,
- Mitteilung der eintragenden Gerichtsvollzieherin \ des eintragenden Gerichtsvollziehers.

Das Amtsgericht leitet den Antrag an das zuständige Zentrale Vollstreckungsgericht weiter, welches über den Antrag entscheidet. Bei positiver Entscheidung des zuständigen Zentralen Vollstreckungsgerichts erhält der Schuldner per Post ein maschinell erstelltes Schreiben des gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder, welches eine PIN enthält. Mit dieser PIN kann der Schuldner sich unter [www.vollstreckungsportal.de](http://www.vollstreckungsportal.de) Anmeldung Öffentlichkeit / eSelbstauskunft für eingetragene Schuldner in das geschützte System einloggen und die gespeicherten Daten zu seiner Person und zu den Personen/Stellen, die die entsprechende Eintragung im Schuldnerverzeichnis abgerufen haben, einsehen.

Weiter enthält das Schreiben des gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder wichtige Informationen zur vorzeitigen Löschung der Eintragung im Schuldnerverzeichnis.

**ACHTUNG:** Die Selbstauskunft, die der Schuldner mit Hilfe der PIN erhält, bezieht sich immer nur auf die im Antrag mit DR-Aktenzeichen bezeichnete Eintragung. Sofern ein Schuldner mehrfach im Schuldnerverzeichnis eingetragen ist, muss er für jede Eintragung einen gesonderten Antrag auf Erteilung der Auskunft stellen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Gloy  
JSin als Gerichtsvollzieherin  
beim AG Pinneberg



Dienstkonto: VOLKSBANK RAIFFEISENBANK ITZHOE Kto: 7191880 BLZ: 22290031  
IBAN: DE54 2229 0031 0007 1918 80 BIC: GENODEF1VIT

Absender:

Aktenzeichen

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

Zugestellt am  
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

Deutsche Post 

17.11.15 H. Krumm

## Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts  
☐ Bezirks des Landgerichts  
☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen  
☐ Keine Ersatzzustellung an:  
☐ Nicht durch Niederlegung zustellen  
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

20.11.2015

Amtsgericht Pinneberg  
Bahnhofsstraße  
25421 Pinneberg

**Widerspruch gegen den Versuch einer Privatperson mich in die Schufa-Liste eintragen zu lassen**

Schreiben der Privatperson Catharina Gloy vom 16.11.2015

Aktenzeichen der Privatperson Catharina Gloy: **DRII-0716/15**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Privatperson Catharina Gloy will mich in die Schufa-Liste eintragen lassen.  
Das ist glatt rechtswidrig.

**Begründung:**

Frau Gloy hat weder

- eine nachvollziehbare Rechtsgrundlage genannt, wieso sie als Privatperson gegen mich tätig werden kann,
- noch hat sie auf mein FAX vom 11.11.2015 reagiert, in dem ich mit einem zulässigen Grund den Termin am 13.11.2015 abgesagt habe.

Mit freundlichen Grüßen



von Stosch

Anlage: FAX an Frau Gloy vom 11.11.2015. Die Sendebescheinigung ist vorhanden und kann auf Anforderung gern nachgereicht werden.

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

11.11.2015

PER FAX: 04892/ 8999201

Frau Catharina Gloy  
Friedenstraße 100  
25421 Pinneberg

**DRII-0716/ 15 61 C 76/14 und DRII-0764/ 15**

**Ihr Schreiben vom 20.10.2015**

Meine liebe Frau Gloy,

ich darf Ihnen mitteilen, daß ich Ihre Handlungsweisen für vollständig rechtswidrig halte. Offensichtlich rechtswidrige Beschlüsse des Landgerichtes Itzehoe bestätigen meine Einschätzung.

Dieses Schreiben ist auch kein Vertragsangebot an Sie. Es stellt für Sie einfach eine Hinderung dar, verfrüht weitere rechtswidrige Maßnahmen gegen mich zu treffen.

Sie haben mir keine Rechtsgrundlage für Ihre „Einladung“ zum 13.11.2015 mitgeteilt. Ich werde mich passend zu meinem FAX vom 29.10.2015 verhalten.

Es gibt einen weiteren Grund nicht zu kommen. Ich habe am 21.08.2015 ein Seminar gebucht und 450 Euro Teilnahmegebühr überwiesen. Das Seminar findet auch am 13.11.2015 statt. Den Beweis finden Sie in der Anlage.

Dieses Seminar stellt einen ausreichenden Hinderungsgrund dar, nicht zu erscheinen.

von Stosch

*von Stosch*  
(Anlage nicht im Internet.)

# Ländgericht Itzehoe



Landgericht Itzehoe, PF 1655, 25506 Itzehoe

4 T 337/15

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5  
25421 Pinneberg

für Rückfragen:  
Telefon: 04821 66-1029  
Telefax: 04821 66-1194

Ihr Zeichen

Bitte bei Antwort angeben  
Akten- / Geschäftszeichen  
4 T 337/15

Datum  
17.12.2015

Kreisjägerschaft Pinneberg e.V. ./ von Stosch, H.  
wg. Haftanordnung hier: Zwangsvollstreckung

Sehr geehrter Herr von Stosch,  
anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses vom 17.12.2015.

Mit freundlichen Grüßen

Gottschalk, JAng  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle  
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

4 T 337/15

77 M 893/15 AG Pinneberg



## Landgericht Itzehoe

### Beschluss

In dem Zwangsvollstreckungsverfahren

**Kreisjägerschaft Pinneberg e.V.**, vertreten durch d. Vorsitzenden, Hanredder 10, 25335 Bokholt-Hanredder

- Gläubiger und Beschwerdegegner -

gegen

**Henning von Stosch**, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

- Schuldner und Beschwerdeführer -

#### Weitere Beteiligte:

**Justizsekretärin als Gerichtsvollzieherin Catharina Gloy**, Friedenstraße 100, 25421 Pinneberg, Gz.: DRII-0764/15

- Gerichtsvollzieherin -

hat die 4. Zivilkammer des Landgerichts Itzehoe durch die Richterin am Landgericht Kästele als Einzelrichterin aufgrund der sofortigen Beschwerde vom 09.11.2015 gegen den Beschluss des Amtsgerichtes Pinneberg vom 28.9.2015, durch den auf Antrag des Gläubigers gegen den Schuldner gemäß § 802c ZPO die Haft angeordnet wurde, am 17.12.2015 beschlossen:

1. Die sofortige Beschwerde wird auf Kosten des Beschwerdeführers als unbegründet zurückgewiesen.
2. Der Beschwerdewert wird auf 569,42 € festgesetzt.
3. Die Rechtsbeschwerde wird nicht zugelassen.

## Gründe:

### I.

Der Gläubiger betreibt gegenüber dem Schuldner die Zwangsvollstreckung aus den Kostenfestsetzungsbeschlüssen des Amtsgerichtes Pinneberg vom 26.1.2015 (Aktenzeichen 73 C 2/13) sowie vom 3.3.2015 (Aktenzeichen 73 C 2/13).

Mit anwaltlichem Schriftsatz vom 14.4.2015 beantragte er gegenüber dem Amtsgericht Pinneberg, Verteilerstelle für GVZ – Aufträge, einen Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft sowie der eidesstattlichen Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben gemäß § 802 c ZPO zu bestimmen. Für den Fall, dass der Schuldner dem zur Abgabe der Vermögensauskunft bestimmten Termin unentschuldigt fernbleibt, wurde gemäß § 802 g ZPO beantragt, die Sache an das zuständige Vollstreckungsgericht zu übermitteln und dort Haftbefehl gegen den Schuldner zum Zwecke der Abgabe der Vermögensauskunft zu erlassen.

Aufgrund des Antrages wurde von Seiten der zuständigen Gerichtsvollzieherin mit Verfügung vom 22. 04. 2015 ein Termin zur Abgabe eines Auskunftsverzeichnisses mit anschließender eidesstattlicher Versicherung auf den 12.5.2015 anberaumt.

Im Rahmen der Terminladung wurde dem Schuldner auch mitgeteilt, dass die Gerichtsvollzieherin eine Eintragung im Schuldnerverzeichnis zur Information des Wirtschaftsverkehrs durchführen muss, wenn er die Vermögensauskunft verweigert, eine vollständige Befriedigung nach dem Inhalt des Vermögensverzeichnisses nicht möglich ist oder er, falls pfändbare Gegenstände vorhanden sind, nicht die Befriedigung des Gläubigers binnen einen Monat nach Abgabe der Vermögensauskunft nachweist.

Die Ladung wurde dem Schuldner am 23.4.2015 zugestellt.

Der Schuldner reagierte hierauf mit Schreiben vom 6.5.2015. Im Rahmen dieses Schreibens erklärte er die „Absage“ des Termins verbunden mit der Aufforderung ihm vor einem Termin die Rechtsgrundlage nachzuweisen. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf das Schreiben vom 6.5.2015 Bezug genommen.

Zu dem anberaumten Termin am 12.5.2015 erschien der Schuldner nicht.

Von Seiten der Gerichtsvollzieherin wurde daraufhin die Eintragung gegen den Schuldner in das Schuldnerverzeichnis gemäß § 882c Abs. 1 Nr. 1 ZPO angeordnet.

Der Beschwerdeführer legte hiergegen mit Schreiben vom 20.5.2015 Widerspruch ein.



Zur Begründung vertrat er die Auffassung, dass die Gerichtsvollzieherin die Betreiberin einer Privatfirma sei. Er habe keinen Vertrag mit ihr und gestatte ihr keinen Einfluss auf ihn zu nehmen. Er habe den Termin nicht verweigert. Er habe nur Wert darauf gelegt, dass ihm vor Abgabe der Vermögensauskunft mitgeteilt werde, aufgrund welcher Rechtsgrundlage eine Vermögensauskunft verlangt werde.

Das Amtsgericht hat mit Beschluss vom 9.7.2015 den Widerspruch des Schuldners vom 20.5.2015 gegen die Eintragungsanordnung vom 13.5.2015 zurückgewiesen. Hinsichtlich der Begründung wird auf den Beschluss vom 9.7.2015 (Blatt 4-5 der Akte) Bezug genommen.

Der Beschwerdeführer legte gegen den Beschluss mit Schreiben vom 15.7.2015 sofortige Beschwerde ein, die mit Beschluss der Kammer vom 12.8.2015 (Az. 4 T 193/15) als unbegründet zurückgewiesen wurde.

Mit Beschluss des Amtsgerichtes Pinneberg vom 28. 09. 2015 wurde gegen den Schuldner gemäß § 802 g ZPO die Haft angeordnet.

Der Beschwerdeführer wurde durch die zuständige Gerichtsvollzieherin mit Schreiben vom 20.10.2015 erneut zu einem Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft am 13.11.2015 geladen. Unter Bezugnahme auf das Schreiben der Gerichtsvollzieherin vom 20.10.2015 forderte der Beschwerdeführer erneut die Benennung der Rechtsgrundlage.

Zu dem anberaumten Termin am 13.11.2015 erschien der Beschwerdeführer wiederum nicht.

Der Schuldner wendet sich mit der sofortigen Beschwerde vom 9.11.2015 gegen den Beschluss des Amtsgerichtes Pinneberg vom 28. 09. 2015.

Zur Begründung wies er darauf hin, dass bislang drei Versuche, ihm eine Vermögensauskunft/Offenbarungseid abzunehmen an einer fehlenden Rechtsgrundlage gescheitert seien. Es fehle eine Rechtsgrundlage sowie eine Ermächtigungslage durch die Privatperson Gloy.

Das Amtsgericht hat der Beschwerde nicht abgeholfen und die Sache dem Landgericht zur Entscheidung vorgelegt.

## II.

Die zulässige sofortige Beschwerde hat in der Sache keinen Erfolg.

Soweit der Gläubiger gegenüber dem Beschwerdeführer die Zwangsvollstreckung aus den Kostenfestsetzungsbeschlüssen des Amtsgerichtes Pinneberg vom 26.1.2015 sowie vom 3.3.2015

betreibt, liegen die allgemeinen Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen vor.

Auch der Beschwerdeführer selbst stellt die Existenz der vollstreckbaren Kostenfestsetzungsbeschlüssen und die sich hieraus ergebenden Forderungen nicht in Frage. Auf der Grundlage dieses Titel wurde von Seiten des Gläubigers mit anwaltlichem Schriftsatz vom 14.4.2015 auch formal ordnungsgemäß ein Antrag auf einen Termin zur Abgabe der Vermögensauskunft gestellt.

Aus dem Verlauf des Vollstreckungsverfahrens ergibt sich zudem, dass der Schuldner von der Gerichtsvollzieherin ordnungsgemäß zu dem anberaumten Termin am 12.05.2015 geladen wurde, ohne dann allerdings zu dem anberaumten Termin zu erscheinen.

Zwar hatte sich der Schuldner bei der Gerichtsvollzieherin gemeldet und von ihr gefordert, vor dem anberaumten Termin die Rechtsgrundlage für ihre Tätigkeit nachzuweisen.

Dies beinhaltet keine wirksame Entschuldigung für sein Ausbleiben zu dem anberaumten Termin.

Der Beschwerdeführer war im Rahmen der Ladung zu dem Termin auf die maßgebliche Rechtsgrundlage zur Abgabe eines Auskunftsverzeichnisses sowie den weiteren Ablauf des Verfahrens hingewiesen worden. Dass dem Gläubiger eine vollstreckbare Forderung aus den Kostenfestsetzungsbeschlüssen des Amtsgerichtes Pinneberg zusteht, muss dem Beschwerdeführer bekannt sein, der im Rahmen des Beschwerdeverfahrens daraufhin weist, die Forderung der „Jägerschaft wird prinzipiell nicht bestritten“.

Anhaltspunkte dafür, dass es dem Beschwerdeführer aus gesundheitlichen oder auch beruflichen Gründen nicht möglich war, zu dem Termin zu erscheinen, kann der Beschwerde nicht entnommen werden und sind auch im übrigen nicht ersichtlich. Selbst im Fall einer Erkrankung reicht diese als Entschuldigung nur dann aus, wenn sie einem Schuldner das Erscheinen zum Termin unzumutbar macht. Auch weitere Umstände, auf die eine berechtigte Verweigerung gestützt werden könnte, sind nicht ersichtlich.

Auch die wiederholten Hinweise des Beschwerdeführers, dass ihm die Rechtsgrundlagen der Zwangsvollstreckung nicht benannt wurden, insbesondere die Grundlage für das Tätigwerden der Gerichtsvollzieherin, sind nicht im Ansatz geeignet, sein Fernbleiben zu entschuldigen.

Die Gerichtsvollzieherin handelt im Rahmen der Zwangsvollstreckung als selbständiges Organ der Rechtspflege und nicht als Vertreter des Gläubigers (vergleiche hierzu Baumbach/Lauterbach, ZPO, 72. Aufl., 2014 § 753 ZPO Rdnr. 3-4). Ein Nachweis hierüber war dem Beschwerdeführer gegenüber weder zu Beginn noch im Verlauf des Zwangsvollstreckungsverfahrens zu erbringen.

Damit lagen die Voraussetzungen für die Anordnung der Haft gemäß § 802g ZPO vor.

Die sofortige Beschwerde war vor diesem Hintergrund als unbegründet zurückzuweisen.

Es bestand kein Anlass die Rechtsbeschwerde zuzulassen.

Kostenentscheidung beruht auf § 97 ZPO.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Der Beschluss ist mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar.

Kästele  
Richterin am Landgericht

Beglaubigt

Gottschalk, JAng

- maschinell erstellt, ohne Unterschrift gültig -



Absender:

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuse-Platz 3  
25524 Itzehoe

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

Zugestellt am  
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

18.12.2015

*[Signature]*

Deutsche Post 

Aktenzeichen

4 T 337/145

## Förmliche Zustellung

Weiterenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts  
☐ Bezirks des Landgerichts  
☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen  
☐ Keine Ersatzzustellung an:

- ☐ Nicht durch Niederlegung zustellen  
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
25421 Pinneberg

23.12.2015

**PER FAX: 04821 66-1194**

Landgericht Itzehoe  
Theodor-Heuss-Platz 3  
25524 Itzehoe

Betr.: AG Pinneberg; **Az.: 4 T 337/15**  
Hier: Beschluß vom 17.12.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Beschluß vom 17.12.2015 erfüllt nicht die Anforderungen, die an ein rechtstaatlich handelndes Gericht zu stellen ist!

Weder das Amtsgericht Pinneberg noch das Landgericht Itzehoe teilt mit, warum sich eine PRIVATPERSON auf die ZPO beziehen darf.

Ein einfacher Hinweis auf einen Kommentar langt da nicht, denn ich habe mit dieser PRIVATPERSON keinen Vertrag.

Vorsichtshalber wird darauf hingewiesen, daß die ZPO seit dem 25.04.2006 keinen räumlichen Geltungsbereich mehr hat. Siehe den Artikel 49 „Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19.04.2006“ BGBl. I S. 866 und dort Änderung § 1 Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung vom 25.04.2006.

Die ZPO darf deshalb nicht mehr zur Anwendung kommen.

Des weiteren, und das ist fast wichtiger als die nicht mehr zur Anwendung kommenden ZPO, hat sowohl das Amtsgericht Pinneberg als auch das Landgericht Itzehoe übersehen, daß eine Sofortbeschwerde gegen einen Haftbefehl, der zur Erzwingung

ausgestellt wurde, erst nach einen Verhaftungsversuch möglich ist. Die dazu einzuhaltende Frist hat noch gar nicht begonnen.

Einen Versuch der Verhaftung hat es noch nicht gegeben. Insofern stehen die erfolgten Beschlüsse beider Gerichte völlig in der Luft und zeigen sehr schön, was im Deutschland des Jahres 2015 von Gerichtswesen gehalten werden muß.

Grundlagen – und seien es auch nur die allereinfachsten Grundlagen des Justizwesens – sind nicht mehr vorhanden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'von Stosch', written in a cursive style.

von Stosch